

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Jobticket für den Verbund Steiermark

GR. **Hohensinner**, GR. **Pogner**, GR. **Neumann**, GR. **Mayr** und GR. de **Montmorency** stellen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie! Mein dringlicher Antrag betrifft ein mögliches Job-Ticket für den Verbund Steiermark. Zur Erklärung: Graz bietet derzeit zirka 262.000 Menschen mit Hauptwohnsitz Lebensraum. Dazu kommen sehr viele Nebenwohnsitze. Zählt man dazu die Tagespendler, so kommen wir auf rund 400.000 Menschen, die sich tagtäglich in Graz bewegen.

Obwohl schon immer mehr Menschen auf Öffis umsteigen, kann unser Grazer Verkehrssystem die Autolawine zur Stoßzeit im Berufsverkehr nur schwer verkraften. Die Folgen sind Stau, gereizte Nerven und vor allem erhöhte Feinstaubwerte.

Um einen Umstieg auf Bahn/Bus/Straßenbahn schmackhaft zu machen, ist es Voraussetzung, eine kostengünstige Alternative zum Auto anzubieten. Derzeit gibt es für Kinder, Studierende und Pensionisten attraktive Angebote, im Verbund eine günstige Jahreskarte zu erstehen. Auch für Berufstätige gibt es Vergünstigungen, aber die werden leider nicht allzu gut angenommen.

Die Herausforderung für den Verbund liegt darin, gemeinsam mit der Wirtschaft ein geeignetes Ticket zu entwickeln, welches dann auch von Firmen, ArbeitnehmerInnen und Angestellten – aufgrund der Attraktivität – in Anspruch genommen wird. Der Grazer ÖAAB hat bei Recherchen das Linzer „Jobticket“-Modell genauer unter die Lupe genommen.

Mit diesem speziellen Jahresticket können ArbeitnehmerInnen und Angestellte kostengünstig und stressfrei den Weg in die Arbeit und zurück bewältigen. Am Wochenende ist der Besitzer oder die Besitzerin berechtigt, eine weitere Person und bis zu vier Kinder mitzunehmen.

Und so funktioniert das Jobticket:

Die Linz AG schließt mit einzelnen Firmen Vereinbarungen. Der Grundbetrag beträgt 2,00 Euro pro Mitarbeiterin oder Mitarbeiter und Monat und wird vom Unternehmen für jeden Mitarbeiter, jede Mitarbeiterin bezahlt. Damit bietet das Unternehmen seinen MitarbeiterInnen die Möglichkeit, „Jobtickets“ zu erwerben.

Durch die Zahlung des Grundbetrages werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens berechtigt, das Jobticket als persönliche Jahreskarte zu erwerben. Ersparnis ist hierbei 151,20 Euro. Bei monatlicher Zahlung kostet das Jobticket nur die Hälfte im Vergleich zu einer übertragbaren Monatskarte.

Seit der Einführung im Spätherbst 2006 wurden mit 220 Firmen Jobticket-Vereinbarungen geschlossen. Damit haben bereits rund 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Gelegenheit genutzt, ihr kostengünstiges Jobticket zu lösen.

Was bringt eine solche Jobkarte dem Unternehmen? Einmal die Lösung von Parkplatzproblemen; Kostenreduzierung bei Dienstfahrten; attraktive Sozialleistung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und natürlich eine Imagesteigerung durch das Bekenntnis zur umweltfreundlichen Mobilität.

Arbeitnehmervertretungen und die Wirtschaftskammer Oberösterreich unterstützen die Initiative der Jobkarte, was grundlegend wichtig ist für den Erfolg dieser Karte. Und auch zum Erfolg beiträgt.

Das Linzer Modell, ich habe Ihnen im dringlichen Antrag auch einige Links angeführt, da können Sie genauer nachlesen, das Linzer Modell ist aus unserer Sicht ein Best-Practice-Modell, um der oben beschriebenen Herausforderung entgegenzutreten. Das Jobticket verschafft dem Anbieter, den Unternehmen und den ArbeitnehmerInnen und Angestellten einen Mehrwert, also allen Beteiligten.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge mit dem Ersuchen an den Verkehrsverbund Steiermark herantreten, die Prüfung eines Jobticketmodells für die Steiermark - nach dem Linzer Vorbild – durchzuführen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Martiner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadträte, Frau Stadträtin, lieber Gemeinderäte, lieber Kurt als Antragsteller! Um die Spannung gleich einmal vorwegzunehmen, natürlich wird die Sozialdemokratie diesem dringlichen Antrag in der Dringlichkeit und natürlich dann auch im Inhalt zustimmen. Ich möchte nur drei Bemerkungen bezüglich des Antrages heute hier auch im Gemeinderat einbringen. Herr Bürgermeister hat dich als Antragsteller genannt, wir waren nur im Vorfeld wieder verwirrt, dass schon fünf Gemeinderäte der Volkspartei wieder auf dem dringlichen Antrag namentlich angeführt sind. Also ich würde euch einen Vorschlag machen für die Zukunft, gleich alle 23 raufzuschreiben, weil ich nehme ja an, dass alle 23 ÖVP-Gemeinderäte auch diesen Antrag unterstützen.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Haben alle fünf mitgearbeitet, wir sind ein Team.

GR. **Martiner**: Zweite Bemerkung, es freut uns natürlich schon, Kurt, dass ihn auch eine langjährige Forderung gerade des SPÖ-Gemeinderatsklubs und der SPÖ Graz

aufgegriffen habt, nämlich das Jobticket wurde ja schon im Verkehrsplan 2007 auch als Inhalt der SPÖ angeführt, und natürlich freut es uns, dass du auch Linz zitierst, denn ich glaube auch, Linz ist eine sehr gut geführte Stadt. Dritter Punkt, dieses Jobticket gehört wirklich umgesetzt und ist wirklich wieder ein Meilenstein, um den Menschen die Öffis preiswerter in Zukunft anbieten zu können, doch eines muss man schon klar sagen, dass im gleichen Zuge natürlich der Ausbau des öffentlichen Verkehrs weiterhin gefördert wird, denn wenn die Kapazität dementsprechend nicht mehr geschaffen wird, dann kommen natürlich die Menschen nicht mehr so gern zu den öffentlichen Verkehrsmitteln, weil es unattraktiv wird und deswegen ist es wichtig, die Nadelöhre in der Stadt Graz, die Murgasse oder dementsprechende andere Frequenzen umzusetzen. Weiters natürlich empfehle ich, auch den Verkehrsplan 2007 auch weiter zu studieren, denn auch damals wurde schon gefordert eine Innenstadtentflechtung Nordwest-Linie, Südwest-Linie, Tram go West, also ein kleiner Auszug aus dem Verkehrsplan von der SPÖ 2007, und deswegen unterstützen wir auch deinen dringlichen Antrag mit der Dringlichkeit und natürlich beim Inhalt. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus SPÖ*).

GR. **Eber:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Kurt! Auch wir unterstützen diesen Antrag sowohl der Dringlichkeit nach als auch dem Inhalt nach. Ich möchte auch nur ganz kurz anschließend an meinen Vorredner zwei Punkte erwähnen: Nämlich zunächst einmal fällt es mir schon auf, dass gerade eine Woche nach der letzten zum Teil empfindlichen Tarifierhöhung bei den Grazer Linien jetzt die ÖVP sagt oder letztlich sagt, ja die Grazer Linien sind eigentlich zu teuer und wir brauchen verstärkte Anreize, wir brauchen billigere Tickets für die Grazerinnen und Grazer. Das ist natürlich wichtig, das ist natürlich absolut richtig, dass die Tickets billiger werden sollten, und von da her unterstützen wir das natürlich auch, aber ich glaube dennoch, dass es hier eine interessante Optik ist, wenn das gerade so eine Woche nach der letzten Tarifierhöhung kommt. Das Zweite ist, konsequenterweise müsste man

eigentlich, wenn man diesen Antrag verfolgt und sich damit befasst, konsequenterweise müsste man eigentlich dahin kommen, dass man sagt, ja wir beschließen gleich die Einführung einer Nahverkehrsabgabe, denn das würde die Unternehmer und Unternehmerinnen ja sogar noch billiger kommen, weil da zahlen sie zwei Euro pro Mitarbeiter und Monat, wir haben ja letztes Mal oder...genau, 24 Euro im Jahr, wir haben vor einiger Zeit oder vor kurzer Zeit einen Antrag eingebracht für eine Nahverkehrsabgabe nach dem Wiener Modell. Dort sind die Kosten, ich habe sie jetzt natürlich nicht mehr im Kopf, aber jedenfalls unter einem Euro pro Mitarbeiter pro Monat und zusätzlich ist es dort auch so, dass es alle, zum einen, alle Unternehmen grundsätzlich einmal betrifft, aber natürlich jene Betriebe, die beispielsweise weniger als fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, davon ausgenommen sind. Wie gesagt, konsequenterweise wäre eine Nahverkehrsabgabe fällig eigentlich schon, aber natürlich ist auch das Jobticket auf freiwilliger Basis, wie du sagst, ein erster und richtiger Schritt für attraktivere Tickets für die Grazerinnen und Grazer (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kurt! Etwas aufzustöbern als Beispiel, was woanders gemacht wird, ist grundsätzlich löblich, ist eine gute Sache, man muss halt jedes Rad neu erfinden. Nur aus deinem Antrag herauszulesen, dass das unbedingt etwas für Graz ist, ist meines Erachtens noch viel zu wenig untermauert, unterlegt und unterfüttert. Ich habe mir auch die Aufgabe gemacht, mir die Zahlen rauszusuchen. Wir haben in Graz als unselbständig Beschäftigte gemeldet 183.400 und wir haben insgesamt als Arbeitgeberbetriebe 8.367 im Stadtgebiet von Graz. Und es kann wohl nicht Zielsetzung der Politik sein, dass man hier die Arbeitnehmerschaft, die Arbeiter und Angestellten teilt in Betriebe, die bei dieser Aktion mitmachen, weil sie soll ja doch auf Freiwilligkeit beruhen, und in jene Betriebe, die eben nicht mitmachen, das ist einmal das eine. Noch eine Differenzierung der Kunden zu machen, die Straßenbahn und Autobusse nutzen,

gegenüber Schülern, Studenten, Pensionisten, was man bisher schon haben, erscheint mir auch hinsichtlich des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit nicht gewährleistet, weil sie sind alle Arbeitnehmer, Arbeiter, Angestellte eines in Graz ansässigen Unternehmens. Das Zweite ist, in dem Antrag ist eigentlich nichts damit verbunden, welche Kosten eigentlich diese Umsetzung dieses Tickets auslösen würde, ich denke etwa an die Kosten der notwendigen Administration, man muss sich vorstellen, ein Mitarbeiter ist beschäftigt bei einem Betrieb, der bei dieser Aktion mitmacht, ist also berechtigt für dieses Jobticket und dann einige Monate später oder ein, zwei Jahre später wechselt er den Arbeitsplatz in einen Betrieb, der nicht dabei ist, müsste administrativ automatisch umgestellt werden. Wenn man sich das hochrechnet auf eben diese 183.000 Beschäftigten in Graz, sind das fünfstelligen Beträge an Mitarbeitern, die jährlich umzubuchen wären. Zusätzlich zu den Betrieben, die einmal kündigen den Vertrag oder dann wieder dazugehen und sozusagen die ganze Latte ihrer Mitarbeiter mitbeeinflussen. Das Zweite ist natürlich, welche Auswirkung hätte ein allfälliger Erfolg (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) auf die GVB, auf die Straßenbahnen und Autobusse, wie viele Garnituren müssen eingesetzt sein? Steigert man hiermit automatisch auch den Aufwand, den hier die Holding Graz zu erfüllen hätte? Oder ist die ganze Aktion doch eigentlich nur eine Placebo-Maßnahme hier als politisches Konzept einmal angedacht, ich stelle das als Frage in den Raum, wo man einige Betriebe gewinnen möchte, die dazu gehen und im Grund die Mehrzahl der Betriebe eigentlich außen vorlassen möchte, sprich ein Foto machen, ein paar schlanke, schlaksige Presseaussendungen und das war es dann, weil damit hat sozusagen das Thema seine Schuldigkeit getan für die Agitation, die tagtäglich einhergeht. Dies ist mir nicht ganz klar aus dem Antrag heraus, ich denke, bei dem Thema sollte man grundsätzlich darauf bleiben, aber es gehört mehr unterfüttert, vorbehaltlich dieser wirklich Belegung kann ich momentan noch keine Zustimmung geben meinerseits. Danke.

GR. **Grosz:** Also bei den Fraggles hat es die sogenannte allwissende Müllhalde gegeben, ich danke dem Herrn Gemeindevorstand Mariacher für die Aufklärung als statistisches Zentralamt der Stadt Graz, dass er uns erklärt hat, wie viele Betriebe und Arbeitnehmer in der Stadt sind. Dessen ist sich der Gemeinderat bewusst, egal ob Regierungs- oder Oppositionsparteien, Kollege Mariacher und braucht auch keine eigene Vortragsserie. Ich halte das Modell, das der Kollege Hohensinner vorschlägt, für recht intelligent, zumal es erstens auf freiwilliger Basis entsteht und zweitens kaum eine nennenswerte Mehrbelastung für den Betrieb darstellt, aber durchaus einen immensen Vorteil für den Konsumenten, für die ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer und im Übrigen auch für die Stadt in der Feinstaubhochburg Österreichs, nämlich Graz, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl für den dienstlichen Gebrauch als auch für den privaten Gebrauch die öffentlichen Verkehrsmittel noch schmackhafter und günstiger zu machen. Von einem Arbeiterkammerrat des Landes Steiermarks, Kollege Mariacher, überhaupt eh einzigartig, Arbeiterkammerrat, Landwirtschaftskammerrat und, und, und KAGES-Rat, Gemeinderat, das schlägt selbst mich. Von einem Arbeiterkammerrat der Stadt Graz, der hier an das Pult der Stadt Graz herausgeht und sagt, er stimmt dem nicht zu, weil das kann er nicht, das ist aber ein Arbeiterkammerrat, der de facto den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dieser Stadt verpflichtet ist, das sollte man durchaus einmal diesen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sagen, wer da auf einem FPÖ-Ticket in der Arbeiterkammer noch immer seinen Platz versetzt. Holt sich von allen Parteien seine Tickets und spielt dann den Viva la Revolution, die allwissende Müllhalde im Gemeinderat, so kann es nicht sein, sondern ich glaube, gerade für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für die öffentlichen Verkehrsmittel in der Stadt ist das eine sehr gute Initiative, und daher stehe ich gar nicht an, dem Gemeinderat Hohensinner zu gratulieren, dass er in Linz ein Modell gefunden hat, das er hier a) umsetzen will und b) das dem Gemeinderat der Stadt Graz vorschlägt. Da fällt ja keinem ein Zacken aus der Krone, ich weiß nicht, von was für einer Eitelkeit Sie, Herr Mariacher, getrieben sind, dass immer, wenn ein guter Vorschlag da ist, Sie offenbar stundenlang in der Nacht wach liegen, weil Sie nichts

anderes zu tun haben, um hier Gegenargumente gegen durchaus positive Errungenschaften zu finden. Ich bin auch sehr kritisch, ich gelte überhaupt als sehr kritischer Geist, aber ich rüttele nicht jede Nacht mein Hirn oder sonst auch immer, um am nächsten Tag aufzustehen und zu sagen, da habe ich was dagegen und da habe ich was dagegen und dort habe ich was dagegen. Ich meine, du bist ja offenbar mit deinem Leben nicht ganz zufrieden, weil sonst würde man das ja nicht hier auch im Politischen spüren, dass einer so verbissen ist und so verhärtet teilweise agiert, ein bisschen lockerer, jetzt haben wir eh zwei Monate Sommer, leider auch im Gemeinderat, ich wäre eh für eine Verlängerung der Periode, und dort sollte man sich durchaus entspannen und dann vielleicht im Herbst positiven Initiativen wie jener des Kollegen Hohensinner auch zustimmen (*Applaus BZÖ und ÖVP*).

GR. **Hagenauer**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zur Erinnerung, der Antrag lautet, es möge geprüft werden. Das ist kein fertiges Modell, Herr Kollege Mariacher, hätten Sie den Text gelesen, dann hätten Sie sich die halbe Wortmeldung mindestens wieder einmal erspart...

Zwischenruf GR. Grosz. Das setzt aber Lesen und Schreiben voraus.

GR. **Hagenauer**: ...beziehungsweise sie uns erspart, wenn ich das präzisieren darf. Natürlich ist zu prüfen die Spitze, die angesprochene Problematik der Spitze, es ist richtig, die weitaus effizienteste Maßnahme, um die Morgenspitze zu entschärfen, ist das Radfahren, zeigen alle einschlägigen Untersuchungen, Kosten-Nutzen-Relationen weitaus natürlich am besten, richtig. Trotzdem ist es so, dass man ja wohl mehrere

Maßnahmen ergreifen in dem Bereich, und dazu kann durchaus eben dieses Jobticket geeignet sein, zumal es sich in anderen Städten, in Linz eben, wie zitiert, aber auch schon vor Längerem in anderen Städten in Deutschland oder in der Schweiz durchaus bewährt hat. Was der Kern der Sache ist, es gibt ja in Graz auch schon Rabattaktionen etwa für Großunternehmen. Aber was der Kern dieser Maßnahme ist, und das unterscheidet sich auch von der zitierten Nahverkehrsabgabe, die da in dem Zusammenhang richtigerweise angesprochen wurde, aber es ist nicht dasselbe. Hier zahlt der Unternehmer pro Beschäftigtem zwei Euro, das geht auch nicht nur vom Gemeinderat zu beschließen, aber es geht sicher einfacher, eine so eine Maßnahme durchzubringen, sage ich jetzt auch in Richtung jetzt Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie, es geht sicher einfacher als eine Nahverkehrsabgabe, wo man zur Gänze aufs Land angewiesen ist. Ich sage das deshalb, weil wir natürlich diese Nahverkehrsabgabe, wenn man das Straßenbahnnetz, auch die Garnituren ankaufen wollen, ausbauen wollen, die Unterstützung vom Land brauchen und ich hoffe auch auf Landesebene auf die Unterstützung der Sozialdemokratie bei einer Nahverkehrsabgabe. Also das ist nicht unbedingt ein Widerspruch, das sind Maßnahmen, die sich gegenseitig ergänzen. Noch eine Anmerkung zu dem vom Kollegen Eber angesprochenen Widerspruch Tarifierhöhung und Jobticket, das ist es eben, dieses Jobticket wird vom Unternehmen finanziert, das ist nicht dasselbe wie die Tarifierhöhung. Die Tarifierhöhung wird vom Fahrgast finanziert, daher sehe ich da keinen Widerspruch, sondern das sind zwei verschiedene Geschichten, die miteinander eigentlich nichts zu tun haben. Kurz und gut, es kann sein, dass bei der Prüfung herauskommt, dass in der Tat die Stadt Graz auch wird noch einiges machen müssen, um Morgenspitzen zu entzerren, das ist sicherlich ein Grundsatzaufgabe, der sich jede Stadt stellt in einer urbanen Gesellschaft, das ist so, es kann durchaus herauskommen, dass man mit zwei Euro nicht das Auslangen findet und dann werden es 2.50 Euro, aber das überlassen wir ruhig der Prüfung. Die Wahrscheinlichkeit, dass bei dieser Maßnahme etwas herauskommt ist, wie gesagt, aufgrund von Erfahrungen aus anderen Städten durchaus gegeben und deshalb schauen wir uns das einmal an und vertrauen wir

drauf, dass das eine Maßnahme mehr ist, die unsere Probleme in der Stadt, was die Umweltqualität anbelangt, geeignet ist. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

2) Unterstützung für Schulen an „benachteiligten“ Standorten

GRin. **Meißlitzer** stellt namens von SPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe KollegInnen! Schule beschränkt sich heute, und das sage ich jetzt, zum Glück, nicht mehr ausschließlich auf den Unterricht in der Klasse, Schule bietet heute eine ganze Reihe von begleitenden Maßnahmen. Sei es etwa Eislaufen, diverse Exkursionen oder auch Besichtigungsprogramme und vieles mehr. Allerdings: Nicht alle Kinder in unseren städtischen Pflichtschulen haben das Glück, solche Aktivitäten zu erleben.

Vor allem für Kinder an, nennen wir es jetzt einmal, „benachteiligten“ Standorten gibt es zum Teil nur eingeschränkte Möglichkeiten, da diese Veranstaltungen im Regelfall mit zusätzlichen Kosten verbunden sind, die sich Eltern immer häufiger nicht leisten können. Und auch Elternvereine, die in solchen Fällen oft helfend einspringen, sind gerade an solchen Standorten meist nicht in der Lage, Unterstützungen zu leisten, da sie weder über finanziell potente Eltern noch – ein trauriger Teufelskreislauf – in

solchen Fällen dann aber auch nicht auf Gönner und Sponsoren zurückgreifen können. Sogar Veranstaltungen, die üblicherweise die Kassen der Elternvereine füllen, wie etwa Schulschlussfeste, werden in Ermangelung finanzstärkerer Eltern nicht an einnahmeträchtigen Nachmittagen durchgeführt, sondern müssen am Vormittag organisiert werden. Dass an solchen Terminen keine Gewinne gemacht werden können, die dann postwendend wieder den Kindern zugute kommen, ist klar.

Die Folge ist, wie gesagt, dass unterrichtsbegleitende Aktivitäten, die an anderen Schulen möglich sind, aus reinen Kostengründen nicht mehr stattfinden können. So wissen wir etwa von Schulen, die sich das Eislaufen nicht mehr leisten können, obwohl die Stadt Graz über eine Eishalle verfügt. Aber die Fahrkosten, Kabinenmiete, das Ausleihen von geeigneten Schlittschuhen etc stellen in Summe für die Eltern zusätzliche Belastungen dar, die sie sich nicht leisten können. Ähnliches gilt für manche Exkursionen beziehungsweise Besuchsprogramme: Das von den LehrerInnen zu Schulbeginn eingehobene Bastel- und Klassenkassengeld ist angesichts der finanziellen Möglichkeiten der Eltern ohnedies mehr als knapp bemessen und reicht für die Mitfinanzierung solcher Aktivitäten nicht mehr aus.

Umso wichtiger wäre es, über die ohnedies jeder Schule zustehenden schulautonomen Mittel hinaus gerade jenen Volks- und Hauptschulen, die nicht über finanzkräftige Eltern beziehungsweise Elternvereine verfügen, im Sinne der Wahrnehmung der Aufgabe als Schulerhalter und Interesse der bestmöglichen Unterstützung der Entwicklung der Kinder zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen; sie auf Betteltouren Richtung Bezirksräte und Stadtregerungsmitglieder zu schicken, ist für eine Stadt, die sich Kulturhauptstadt, City of Design etc nennt und in der über Murgondeln und Ähnliches philosophiert wird, ein Armutszeichen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der SPÖ und der Grünen den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Schulstadträtin Mag.^a Sonja Grabner wird beauftragt, ein Modell zu entwickeln, das auch jenen städtischen Volks- und Hauptschulen, die nicht über finanziell potente Eltern und finanzkräftige Elternvereine verfügen, mehr Möglichkeiten eröffnet, schulbegleitende Maßnahmen zu setzen und dem Gemeinderat bis Oktober dieses Jahres einen entsprechenden Bericht vorzulegen (*Applaus SPÖ*).

StRin. Mag.^a (FH) **Grabner** zur Dringlichkeit: Werte Frau Gemeinderätin! Ich danke Ihnen für diesen Antrag und ich kann Ihnen wirklich inhaltlich absolut nur zustimmen. Unsere Schulen sind nicht nur ein Ort für Bildung, sondern es ist auch ein Ort für die Herzensbildung, eine gute Klassengemeinschaft, und das Miteinander ist nicht nur für die soziale, sondern auch für emotionale Intelligenz von sehr, sehr großer Bedeutung, was auch abseits des Schullebens diesen sozialen Austausch absolut fördern soll. Subventionen, ich darf Ihnen ein paar Projekte nennen: Wir haben 60 Projekte pro Jahr, die sich mit den verschiedensten Themen über unsere Pflichtleistung eines Schulerhalters beschäftigen und wo wir auch unterstützen. Da beginne ich mit der Integration, Gewaltprävention, Kindersicherheit, Ausbildungsberatung, Kinderrechte, Kultur, Religionen, Sport und vieles mehr. Einzelne Schulprojekte aber auch flächendeckend, vor allem, wie Sie jetzt angesprochen haben, bei benachteiligteren Standorten ermöglichen wir fast mehr als 20 Schulprojekte an den städtischen Volks-, Haupt- und Neuen Mittelschulen. Ein Thema vielleicht auch, und da gebe ich Ihnen Recht, Sport, Bewegung, das ist sehr essentiell, auch mein Kollege, der Stadtrat Eisel-Eiselsberg, auch der Bürgermeister, wir haben das Gratiseislaufen am Karmeliterplatz eingeführt und auch noch die Kinderwelt konnten über 8.000 Kinder besuchen, und auch dort kann gratis eisgelaufen werden und auch die Schlittschuhe ausgeborgt werden. Wir haben die Adventure-World eingeführt, die ich auch von meinem Ressort her gemeinsam mit der Wirtschaft unterstützt habe, dass die Kinder Sport betreiben können und Schulklassen explizit auch dort eingeladen, um mitzumachen. Allein im Schuljahr 2010/2011 haben wir 600.000 Euro für derartige Projekte, für

innovative, integrative Projekte zur Hand genommen und wie wir alle gemeinsam wissen, da bin ich dankbar, auch für die Zustimmung zum Budget im Vorjahr, haben wir hier nicht eingespart. Schwimmprojekte, Ernährung, Gesundheit, Schüleraustausch, Weltreiseklassenprojekte. Ich danke für Ihren Ansatz und wir sind da genau bei dem, wo Ihr dringlicher Antrag auch ist, dass es abgestimmt werden soll, da bin ich ganz bei Ihnen, auch diesen Ansatz habe ich schon getätigt bei der letzten Schulleiter- und -leiterinnenbesprechung, zirka eineinhalb Monate her, wo ich gesagt habe, dass es ganz wichtig ist, dass wir punktuell, dass wir individuell und ganz gezielte Maßnahmen einsetzen und ich bitte daher und bat die Schulleiterinnen und -leiter mitzuhelfen, um auch genau diese Dinge kundzutun, die sie brauchen, sprich auch hier nicht mit der Gießkanne darüberzufahren oder einfach etwas darüberzustülpen, sondern dass Sie uns auch sagen, was die benötigen, wo sie benötigen und sehr gerne werde ich das Gespräch noch einmal suchen und Ihnen im Oktober dieses Jahres nach den einzelnen Gesprächen ein Modell vorlegen, um hier gezielter, individueller und noch effektiver arbeiten zu können. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer**: Liebe Frau Stadträtin! Es geht nicht um Projekte, es geht nicht um große Veranstaltung und große Dinge, es geht um die alltäglichen Dinge, wenn bei einer Schulklasse zum Beispiel nicht einmal die Eltern das Fahrgeld zahlen können, damit die ganze Schulklasse wohin fahren kann mit einem öffentlichen Verkehrsmittel. Es geht oft um zwei Euro, wo Eintritt zu zahlen ist, wo zwei Drittel der Klassen diese zwei Euro nicht zahlen können, die großen Projekte sind super, die machen ja auch die Schulen alle, sondern es geht wirklich um die kleinsten alltäglichen Dinge, wo in manchen Klassen zwei Drittel der Schulkinder das sich nicht leisten können und damit die ganze Klasse nicht diese Veranstaltung durchführen kann, um sonst geht es gar nichts, es geht nicht um große Summen (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.40 Uhr den Vorsitz.

3) Einführung der Bestellung der Stadtregierung nach dem Mehrheitsprinzip

GR. **Schneider** stellt namens von ÖVP, Grünen und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Damen und Herren! Da dieser dringliche Antrag von der ÖVP und dem BZÖ mitgesponsert wird, spreche ich gleich zum Antrag und nicht mehr zur Dringlichkeit, ist das richtig? Manchmal, wenn man so in der Politik ist, darf man sich sehr freuen, dass man auch politischen Mitbewerbern Respekt und Lob aussprechen muss, so wie das momentan bei manchen Dingen, nicht bei allen, auf Ebene der Landesregierung und des Landtages passiert. Einzelne Reformschritte, die hier passieren, wie die angedachten Gemeindevergrößerungen, das Zusammenlegen von Bezirken, das ebenfalls angedacht ist, und ganz besonders die Abschaffung des Proporz auf Ebene der steirischen Landesregierung ist ein Schritt in die richtige Richtung und mutig, wenn er auch gegen Bedenken und Widerstand, besonders in den eigenen Reihen unserer MitbewerberInnen SPÖ und ÖVP, auch durchgesetzt werden muss. Wir in Graz sollten diese Gelegenheit beim Schopf packen, auch in Graz wird momentan die Stadtregierung nach dem Proporzprinzip bestellt, ändern wir das. Der Proporz hat seine Verdienste gehabt, er hat in den Jahrzehnten nach dem

Zweiten Weltkrieg dem politischen Frieden sichern geholfen, heute überwiegen aber die Nachteile. Gemeinden, Regionen, Standorte sind heutzutage einem großen Druck ausgesetzt, es gibt eine Konkurrenz und da ist es nicht leichter, wenn man eine schwerfällige Regierung hat. Die Grazer Regierung soll gute Entscheidungen, soll etwas umsetzen für inzwischen zirka 300.000 EinwohnerInnen. Da ist es wichtig, dass so eine Regierung eine gemeinsame Agenda hat, mit gemeinsamen Zielen, die sie vereinbart hat, arbeitet. Eine Mehrheitskoalition soll sich ein Programm geben und das auch umsetzen können, ohne die Opposition in der eigenen Regierung sitzen zu haben. Die Situation, wie wir sie heute gehabt haben, wo mein Kollege Heinz Baumann oder der Kollege Thomas Rajakovics, obwohl sie dieser Mehrheitskoalition angehören, eine kritische Anfrage an ein anderes Regierungsmitglied stellen müssen, die wäre dann überholt. Es ist auch ein großer Vorteil für die WählerInnen, weil die klarer bewerten könnten, wie hat die Regierung, hat die Mehrheit in der Stadt, ihr Programm umgesetzt, hat sie die Sache gut gemacht oder eben nicht, dann kann man eine andere Partei wählen. Momentan diese Verschränkung führt nicht zu dieser Klarheit. Es gibt zwei Wege, wie wir den Proporz loswerden in unserer Gemeinde. Der eine Weg ist, an den Bundesgesetzgeber heranzutreten und eine Änderung der Bundesverfassung zu verlangen. Dafür spricht einiges, es wird übrigens seit Jahren viel über die Verfassungsreform und auch eine Aufgabenreform zwischen den Gebietskörperschaften gesprochen, warum sollen für die Art und Weise, wie Gemeinderegierungen organisiert sind, warum sollen dafür nicht die Länder zuständig sein? Andere Dinge selbstverständlich kann man von den Ländern auf Bundesebene verlegen, aber diese Sache kann man wirklich in die Verantwortung der Länder übergeben. Wir können den Proporz in der Exekutive der Stadt Graz, aber auch ohne das wir abhängig sind vom Bundesgesetzgeber, einführen, nämlich wenn wir uns ein Modell von nicht amtsführenden und amtsführenden Stadtsenatsmitgliedern anschauen, das ist möglich, man muss natürlich anschauen, dass es zumindest kostenneutral ist, ich glaube, da ist auch noch eine billigere Regierung möglich und genau dahin wollen wir. Mein Antrag beinhaltet, dass auf Ebene der Klubobleutekonferenz und im Verfassungsausschuss das beste Modell für Graz in

einer ausführlichen Diskussion gefunden wird und Entsprechendes dann weiter an die diversen Gesetzgebungsgremien im Land oder im Bund weitergegeben wird, wie das der Wunsch der Stadt ist. Dankesehr (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich kann man drüber nachdenken, dieses derzeitige Regierungsmodell wirklich in Frage zu stellen, würde aber meinen, dass es schon der Selbstkritik auch bedarf der derzeitigen Stadtregierung, drüber nachzudenken, warum ist es so. Weil ein System funktioniert vor allem dann nicht, wenn die Menschen, die dieses System repräsentieren, nicht miteinander können. Und dass hier so eine klare Trennung ist zwischen Regierungskoalition und den anderen in der Stadtregierung tätigen Stadtsenatsreferenten, das ist sicherlich aus meiner fernen Wahrnehmung auch sicherlich auf die Handlungsweise der Regierungskoalition zurückzuführen. Tatsächlich war natürlich oder ist das bestehende Modell, natürlich dieses Proporzsystem, das sicherlich über einige Jahrzehnte sehr gut funktioniert hat, aber auch ein System, wo eine gewisse Balance vorhanden war und ist, in dem alle Parteien die entsprechenden Anteil an Wählerstimmen gehabt haben ab einem gewissen Limit in der Stadtregierung vertreten waren, und dieses Modell abzuändern in ein Mehrheitssystem, das heißt, sozusagen die zukünftigen sieben Stadtsenatsreferenten dann nur noch auf zwei oder drei Parteien, je nachdem, wie die Regierungskoalition ausschaut, zu verkürzen und alle anderen außen vor zu lassen, erachte ich als demokratiepolitisch bedenklich, weil damit die Rechte der Opposition deutlich geschmälert werden. Man denke jetzt nur daran, dass entsprechende Informationsmöglichkeiten, die derzeit bestehen, hinkünftig, wenn hinter verschlossenen Türen die Regierungskoalition tagt, einfach nicht mehr möglich sind. Ich denke daher, dass es notwendig ist, im gleichen Atemzug mit einer solchen Vorgangsweise auch die Rechte der Opposition zu stärken in folgender Weise: Erstens im Kontrollausschuss sollte hinkünftig oder hat hinkünftig die Opposition Vorsitz und

Vorsitzführung inne, weiters sollten zur Stärkung der Oppositionsrechte die Mitglieder des Kontrollausschusses umgekehrt proportional zum Wahlergebnis besetzt werden, das würde bedeuten, dass auf jeden Fall die zukünftige Opposition auf jeden Fall die Mehrheit im Kontrollausschuss hat als bedeutendstes Gremium. Zweitens, in den Ausschüssen für Finanzen, Wohnen, Soziales, Wirtschaft und der Personalkommission hat die Opposition, ein Vertreter der Opposition, die Vorsitzstellvertretung inne und ist dieses vom Vorsitzenden sowie von der Verwaltung in den unverzüglichen Informationsfluss einzubinden. Hier geht es darum, dass im gleichen Atemzug, sollte über das entschieden werden, auch die Rechte der Opposition gestärkt werden. In diesem Sinne sage ich gleich vorweg, dass auch ein ähnlicher Antrag seitens der SPÖ als Zusatzantrag eingebracht wird, ich glaube, das kann ich vorwegnehmen und dass ich diesem natürlich, weil er von der Intention her folgt, auch meine Zustimmung finden wird. Danke.

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Wir begrüßen natürlich diesen Vorstoß, nachdem jetzt im ganzen Land ja sowieso Reformeifer herrscht, ist es auch gut und richtig, dass das jetzt auch in die Stadt getragen wird. Wir sagen ja, wie auch zuletzt im Landtag zur Abschaffung des Proporz, aber wir sagen gleichzeitig auch dazu, entweder ganz oder gar nicht. Das heißt, nicht amtsführende Stadträte, wie Sie das ja auch als ein Modell in Ihrem dringlichen Antrag drinnen haben, kommen für uns nicht in Frage, weil das wäre dem Bürger auf der Straße ja wirklich schwer zu erklären, wie nicht amtsführende Stadträte, die ja auch dann das Gleiche verdienen, zum Nichtstun verdammt...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Sippel**: Ja, in Wien ist es zum Beispiel so...zum Nichtstun verdammt, also das ist was, was der Politik im Gesamten nicht gut anstehen würde. Also da werden wir uns auch in der Klubobleutekonferenz auch dafür aussprechen, dass das nicht eingeführt wird, was aber nicht dagegen spricht, dass man über diese Frage, nämlich hinsichtlich einer Petition an den Bundesgesetzgeber, was ja notwendig ist, um den Proporz in der Stadt zu ändern, dass wir uns hier auch dementsprechend einbringen werden. Aber ich möchte auch ein paar grundsätzliche Worte zur Abschaffung des Proporz von Schützen-Voves verlieren, sie werden ja jetzt medial auch hochgelobt. Ich bin mir auch sicher, Sie fahren dieses Jahr gemeinsam auf Urlaub. Aber Sie haben eines gemacht, sie haben die Reaktion einstimmig gefordert hier in diesem Gemeinderat, auch der Stadtregierung und des Gemeinderates vollzogen, auch eine langjährige Forderung der FPÖ, und Sie haben damit eines gemacht, und das ist besonders zu begrüßen, Sie haben sowohl einen Stadtrat der ÖVP als auch einen der SPÖ wegrationalisiert, das ist sehr zu begrüßen. Aber eines muss uns natürlich klar sein, die Proporzabschaffung im Landesrat bedeutet nicht, dass der Proporz auch auf den anderen Ebenen abgeschafft worden ist. Im Gegenteil, dort ist er sogar noch verfestigt worden. Aus dieser Sicht und aus Sicht echter Reformen kann man nur hoffen, und das kann das ganze Land hoffen, dass die Polit-Ehe, die jetzt ja so schön auch zelebriert wird von SPÖ und ÖVP, nicht auf Jahrzehnte hinaus einzementiert wird. Dankeschön (*Applaus FPÖ*). Ganz kurz noch zu dem Zusatzantrag auch noch einen Satz, also das muss uns der Herr Gemeinderat Mariacher noch erklären, wie er das machen will, die Mitglieder des Kontrollausschusses reziprok, das heißt umgekehrt, schreibt er hier, proportional zum Wahlergebnis zu besetzen, wenn eine Fraktion jetzt zwei Mandate hat und ihr vier zustehen, wie soll das dann funktionieren, also ich glaube du hast da ein bisschen einen Denkfehler drinnen, du solltest das noch einmal überdenken und überarbeiten, wie wohl ich dir in einem Recht gebe, dass die Rechte der Opposition gestärkt gehören, aber das ist in weiten Teilen der Fall und alle diese anderen Dinge, die da noch zu tun sind, die sind im richtigen Gremium, nämlich bei der Klubobleutekonferenz und im Verfassungsausschuss. Danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren! Proporz ist anscheinend in den letzten Jahren zu einem Modewort auch geworden. Ich möchte irgendwie verweisen auf die Umfrage in der Kleinen Zeitung, wo man die Bevölkerung gefragt hat, was verstehen Sie unter Proporz, wissen Sie, was das ist? Und die Antworten waren erschütternd. Es hat kaum jemand etwas anzufangen gewusst, Proporz hat ein schlechtes Image, aber das Image hat es deswegen, weil mit Proporz in der Bevölkerung vor allem damit solche Dinge verbunden sind wie dass Posten nach Parteibuch vergeben wurden, dass sich bestimmte Posten sozusagen sich einzelne Parteien aufteilen in Schlüsselpositionen vor allem auch, das lehnen auch wir ab. Aber wir haben bei uns in der Fraktion durchaus diskutiert, ist Proporz wirklich so schlimm, wie es jetzt überall dargestellt wird? Ich kann jetzt, wenn ich den Antrag vom Gemeinderat Schneider durchlese, eigentlich in jedem Absatz auch etwas entgegensetzen, das er hier angeführt hat. Wir reden immer alle gerne von Demokratie und wir wissen aber gleichzeitig, dass Demokratie eigentlich eine sehr schwierige Sache ist. Das heißt, ich muss mich mit allen auseinandersetzen, versuchen, einen Konsens zu finden und das bringt es mich sich, und wir stehen auch für diese Art von Demokratie, Demokratie erfordert aber auch gleichzeitig Kontrolle und Information und ich sehe die Gefahren bei dem Proporz darin, wenn jetzt letztendlich ausschließlich eine Mehrheit alles bestimmen kann, ohne dass die Opposition nähere Einsichtnahme bekommt, dann ist das für mich wirklich sehr problematisch. Also das hängt auch durchaus mit Kontrolle und Information zusammen. Ich befürchte, dass sich ja nach wie vor Koalitionen bilden werden, das war auch bisher möglich, wir haben eine Mehrheit, bei uns in Graz gibt es eine Koalitionsregierung sozusagen, wo Schwarz/Grüne eine Mehrheit bilden, aber trotz dieser Mehrheit müssen sie sich wahrscheinlich auch oder müssen sie sich auch intensiv mit den Oppositionsparteien auseinandersetzen. Was ist daran so schlimm, frage ich mich? Trotz Abschaffung des Proporz, wie Sie, Kollege Schneider, angeführt haben, in Tirol, Salzburg gibt es dort überall Koalitionsregierungen, also die werden deswegen nicht abgeschafft werden, und zum Thema nicht amtsführende Stadträte, das lehnen wir eigentlich grundsätzlich ab, denn das ist eine Alibihandlung

unserer Meinung nach. Das bringt außer, auch wenn Sie es jetzt hier beschreiben, das macht der Gemeinderat so nebenbei, ich meine, das ist irgendwie recht locker vom Hocker gesagt für mich, also das kann für uns nicht in Frage kommen. Wir werden diesem Antrag nicht unsere Zustimmung geben (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. **Müller**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Gemeinderat! Es ist ein ganz interessantes Signal, dass die Grünen im Rathaus den Weg der Reformpartnerschaft vom Land fortsetzen wollen, dass da wirklich der SPÖ/ÖVP-Kurs hier Fortsetzung findet, von den Grünen eingebracht wird. Es ist so, dass wir durchaus gerne diesem Antrag zustimmen werden, wir werden dann auch einen Zusatzantrag einbringen, weil es ist ganz spannend auch, wenn man sich der Frage des Proporz widmet, dass wir das ordentlich untersuchen, dass das geprüft wird, dem verschließen wir uns ganz sicher nicht. Deshalb freuen wir uns darauf, dass die Klubobleutekonferenz und auch der Verfassungsausschuss damit betraut werden, und wir werden uns in diese Diskussion intensiv einbringen. Es ist so, dass gerade Fragen, die jetzt, wo Verfassungsrechte berührt sind, aber auch das Statut, sind wirklich für Schnellschüsse ungeeignet und bedürfen einer Beratung und der sehen wir mit Interesse entgegen (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat! Es ist absolut richtig aus meiner Sicht und in Ordnung, über demokratiepolitische Vorschläge immer wieder gesprächsfähig zu sein, Vorschläge eben zu machen, und das ist auch der zentrale Inhalt dieses dringlichen Antrags. Wir haben im Jahr 2004 damals mehrere Anträge hier gehabt, es war Harald Korschelt, der auch in die Richtung schon einen Antrag gestellt hat, wir haben Abänderungs- und Zusatzanträge gestellt und all die Jahre in vielen Diskussionen im Verfassungsausschuss und in der

Klubobleutekonferenz Beachtliches davon realisiert und umgesetzt. Ich möchte über den Inhalt jetzt auch keinen weiteren Vorschlag machen, weil es sind alle und jede Wortmeldung enthält zusätzlich, ich sage, grundsätzlich interessante Vorschläge. Aber ich glaube, man kann sich jetzt von einem dringlichen Antrag nicht erwarten, das wirklich ausgewogen eben abzuwägen, das geht nicht. Wenn allerdings etwas gesagt wird, was einfach vordergründig ist, lieber Kollege Sippel, na selbstverständlich gibt es in Innsbruck Amtsführende und nicht Amtsführende, die ganz anders verdienstmäßig ausgestattet sind. Also das ist alles andere als ein Killerargument und dann bitte ich nur, wenn man dagegen ist, das ist legitim, dagegen zu sein, aber dann Argumente zu verwenden, die auch die erste Prüfung überstehen. Ich bringe daher gleich gar keine Argumente, weil das wäre unfair, allerdings die Bekundung der Bereitschaft, im Ausschuss und in der Klubobleutekonferenz wirklich ernsthaft über alles zu sprechen. Daher fällt es mir auch schwer, den Antrag, Gerhard Mariacher, von dir, wo Imperativ drinnen steht, der Gemeinderat soll beschließen, der Ausschuss soll das machen, wir sind bei Schulnoten, geht am Thema vorbei. Ein Vorschlag ist einzubringen, der mitbehandelt werden soll. Wir lehnen deinen Antrag einfach ab, weil er punktgenau sagt, das hat der Ausschuss zu beschließen. Das kannst du gar nicht, das kann auch der Gemeinderat bei aller Wertschätzung hier nicht beschließen, was der Ausschuss zu beschließen hat. Der Gemeinderat kann sich selbst binden und sagen, wenn es wieder herkommt, werden wir das so beschließen. Damit ist meine Wortmeldung beendet, wir sind bereit und werden konstruktiv an die Sache herangehen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat, natürlich wird das BZÖ dem zustimmen, zumal es eine Urforderung von uns ist. Die Halbierung der legislativen und Exekutivorgane und die Abschaffung des Proporz ist eine der Kernforderungen des BZÖ seit der Gründung 2005. Mehrfach auf allen möglichen Ebene eingebracht, und es freut mich

daher, dass sich nun auch die schwarz/grüne Koalition durchringen konnte in einem dringlichen Antrag, das zumindest anzugehen und ich würde mir wünschen...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Thema verfehlt.

GR. **Grosz:** ...dass auch dann das Land Steiermark, auch wenn man selbst nicht hofft, dass es das Land Steiermark umsetzt, dass auch das Land Steiermark so rasch reagiert und dass dann wirklich, in dem Fall der Bundesgesetzgeber, nicht das Land Steiermark, aber der Bundesgesetzgeber gleich schnell wie das Land Steiermark agiert, ich werde auch dafür Sorge tragen...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Die Petition liegt schon längst bei dir in Wien.

GR. **Grosz:** ...weil wenn der Wunsch natürlich der Stadt Graz da ist, sich einzusparen, wird sich der Bundesgesetzgeber dem nicht verwehren, ganz im Gegenteil. Aber nun etwas zu den Einsparungen, zu den sogenannten, die die Reformpartnerschaft, weil sie angesprochen worden ist, gebracht hat. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Menschen des Landes Steiermarks wurden von dieser sogenannten Reformpartnerschaft mit Einsparungen von bis zu 25 % belastet. Die Bundesregierung hat am Anfang des Jahres Behindertenprojekte gekürzt, Sozialhilfen gekürzt, Sozialprojekte gekürzt, die Mineralölsteuer erhöht. Das Land Steiermark hat

gleichzeitig im gleichen Bereich den sogenannten Sparstift, den Rasenmäher angesetzt linear um 25 %. Und jetzt kommt das Land Steiermark darauf und sagt, na also, wenn wir jetzt eh schon bei den Leuten drüberrasieren mit 25 %, dann beginnen wir ein wenig von 15 % bei uns zu kürzen. Die Reduktion von 56 Landtagsmandataren auf 48 ist eine sogenannte Kürzung um 15 %. Wo da die große Reformpartnerschaft ist, weiß ich nicht. Die Reduktion von Landesregierungsmitgliedern von neun auf acht, wo da der epochale Erfolg ist, dass man halt einen von neun Landesregierungsmitgliedern einspart und meint, man hat damit die Demokratie und die Verwaltung auf neue Beine gestellt, weiß ich nicht. Ich sage, es wäre schade, weil man hätte viel mehr machen können, Halbierung der Legislativ- und Exekutivgremien, fünf Landesregierungsmitglieder, 26 Landtagsabgeordnete und nicht 48, das ist keine Einsparung, das ist bestenfalls das sogenannte Opium fürs Volk. Im Volksmund volkstümlich auch so gesagt. Und zum Zusatzantrag des Gemeinderates Mariacher, abgesehen davon, dass sein eigener Name in dem Antrag wieder sieben Mal vorkommt, langsam frage ich mich, was da ausgelebt wird, das muss ja auch einen pathologischen Hintergrund haben, aber Kollege Mariacher, im Kontrollausschuss hat die Opposition Vorsitz und Vorsitzstellung inne, dem kann ich vollkommen folgen, weil wir, das BZÖ, die einzige Partei sind, die nicht im Stadtsenat vertreten ist und die einzige Oppositionspartei waren, die nicht den Vorsitz im Kontrollausschuss bekommen hat, jawohl. Aber wie Kollege Sippel richtigerweise gesagt hat, reziprok, umgekehrt proportional zum Wahlergebnis, das würde, wenn Kollege Mariacher gesetztenfalls kandidiert, das erste Mal in seinem Leben im Übrigen in Eigenverantwortung, er sitzt ja immer auf Parteitickets hier, ohne persönlich selbst gewählt zu sein. Wenn er das erste Mal selbst als Spitzenkandidat antritt und gesetztenfalls 2000 Stimmen erreicht und im Gemeinderat wieder sitzt, wie willst du drei oder vier Mandate von sieben Kontrollausschussmitgliedern besetzen, das ist Schwachsinn. Und die Ausschüsse Finanzen, Wohnung, Soziales, Wirtschaft, Personalkommission der Opposition zuzusprechen, ist das gleiche Übel, das der Proporz angerichtet hat, ist nicht der Demokratie und den Wählern zu überlassen, die Stärke der Parteien und der Ausschussbesetzung, sondern schlussendlich billigen

Abmachungen. Ob das jetzt ein Proporzpapier ist oder die Besetzung von Ausschüssen unterscheidet sich überhaupt nicht. Du agierst im Geist des Proporz und der Privilegien und daher unterstützen wir den Zusatzantrag nicht, aber selbstverständlich den Antrag vom Antragsteller, weil es mutig ist, und ich werde mir erlauben, heute und morgen werden 24 Petitionen der Stadt Graz der letzten zwei Tage werden morgen und heute, soeben zur Stunde, im Nationalrat eingebracht wortident, mehrheitlich beschlossene natürlich, nur die beschlossenen, um auch einmal das Service zu steigern, weil was hat das für einen Sinn, wenn wir da beschließen und es landet in der Rundablage des Ministerratesdienstes, sondern das geht ein ins Parlament, wird beschlossen als unselbständige und selbständige Entschließungsanträge, selbstverständlich werden wir das auch einbringen, vielleicht sogar schon morgen, wenn es sich ausgeht, dass die Steiermark sich hier wünscht, den Proporz in Graz aufzuhören und ich werde dann auch mitteilen, dass die ÖVP-Mandatäre dabei waren und die Grün-Mandatäre und ich gehe davon aus, dass die eigenständige stolze steirische Volkspartei mit ihren sechs Nationalratsabgeordnete dann in Wien dem auch zustimmt. Ich danke.

GRin. **Krampfl:** Meine Damen und Herren! Proporz, anteilmäßige Beteiligung aller politischen Gruppierungen gemäß ihrer Stärke an Gremien und Regierungen. Ich kann mich da der Wortmeldung von der Kollegin Ina Bergmann anschließen, eigentlich grundsätzlich ist das nichts Schlechtes und entspricht eigentlich auch dem Wählerwillen, sage ich jetzt einmal so. Wenn jetzt nun der Wunsch oder wenn der Wunsch besteht, diese anteilmäßige Beteiligung aller Fraktionen abzuschaffen, und es gibt, wie gesagt, dafür Pro und Kontra, dann bedarf es auch vor allem auf Gemeindeebene vieler begleitender Maßnahmen. Auf Bundes- und Landesebene schaut das nämlich ein bisschen anders aus. Allein schon deshalb, weil die finanziellen und personellen Ressourcen nicht vergleichbar sind, eine Opposition auf Bundes- und Landesebene hat auch andere, viel mehr Möglichkeiten und es beginnt schon damit,

dass es auf diesen Ebenen beispielsweise hauptberufliche Klubobleute gibt, die naturgemäß auch über mehr entsprechendes zeitliches Potential verfügen. Nicht dass ich das jetzt für Graz fordere, aber bei allem Verständnis dafür, das möchte ich auch noch sagen, dass die Regierungspartei es sich vielleicht ein bisschen leichter machen kann, indem sie Nicht-Koalitionsparteien mehr oder weniger aus der Stadtregierung ausschließt, möchte ich doch für alle anderen aus demokratiepolitischen Gründen sichergestellt haben, dass auch die Oppositionsparteien, die sogenannten Oppositionsparteien, weiterhin Möglichkeiten haben und ihnen auch mehr Möglichkeiten eingeräumt werden, mitzubestimmen sowohl auf struktureller als auch auf statutarischer Ebene. Thema Aufsichtsrat ist ja heute schon gefallen, und auch das war für uns ein bisschen ein Warnsignal, um hier ein bisschen vorsichtiger zu agieren. Wir haben uns daher überlegt, wie wir vorgehen könnten und sind der Auffassung, dass die Klubobleutekonferenz, die heute hier gefordert wird, nicht nur über die Abschaffung, und der Verfassungsausschuss, des Proporz zu reden haben, sondern auch begleitend über eine Stärkung der demokratischen Möglichkeiten der Opposition zu reden haben. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass auch auf Landesebene diese Stärkung der Oppositionsrechte begleitender Bestandteil der Abschaffung des Proporz ist. Ich komme jetzt zu meinem vielfach angekündigten Zusatzantrag, der ein bisschen mehr offen lässt als der Antrag vom Gemeinderat Mariacher, und zwar zu allen Prüfungen, die da erfolgen sollen, fordern wir: Parallel dazu ist von der Klubobleutekonferenz und vom Verfassungsausschuss ein dem ausgearbeitenden Vorschlag begleitendes Maßnahmenpaket „Demokratiereform“ zu erstellen, das die infrastrukturellen, geschäftsordnungsmäßigen und statutarischen Rechte der Oppositionsfraktionen stärkt. Dieses Maßnahmenpaket ist dem Gemeinderat zeitgleich mit der oben angeführten Petition zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schneider:** Herr Stadtrat und Frau Kollegin Krampfl, so sind wir Grüne, wenn es gute Vorschläge von anderen Parteien gibt, dann sind wir da mit großer Euphorie dabei. Insofern verfolgen wir das auch, was auf Landesebene da geschieht, eben auch für Graz, vielen Dank auch für den Zusatzantrag. Selbstverständlich heißt es, auch über die Rechte und Möglichkeiten der Opposition unter Umständen einer mehrheitsgebildenden Stadtregierung zu reden, das ist sehr, sehr sinnvoll. Selbstverständlich gehen wir mit diesem Antrag mit, und eines der Themen, das stimmt, muss auch sein, wie geht man mit einer Klubobfrau, mit einem Klubobmann von Oppositionsfraktionen dann um, auch finanziell. Wichtig ist uns aber, dass es insgesamt nicht zu einer Erhöhung von politischen Gagen kommt, sondern insgesamt zu einer Einsparung, aber selbstverständlich wird man darüber auch genau reden müssen. Der Zusatzantrag vom Kollegen Gerhard Mariacher, ich würde vorschlagen, ich glaube, er präjudiziert jetzt zu viel, so wie er formuliert ist, ich würde vorschlagen, dass das auch einfach mitgenommen wird die Anregungen in die Diskussion über die neue Ausgestaltung der Grazer Stadtregierung. Zur Angst vor nicht amtsführenden Stadtsenatsmitgliedern, Herr Kollege Sippel: Weder in Wien noch in Innsbruck, so wie es der Herr Klubobmann Piffli-Percevic schon gesagt hat, wird gleich viel gezahlt für diese Position, es wird immer noch viel gezahlt für nichts amtsführende StadträtInnen, besonders in Wien, wir schaffen das um einiges günstiger auch, da habe ich keine Sorge, und zur Frau Klubobfrau Bergmann, wir werden die Opposition stärken durch diese Reform, die kann dadurch viel einfacher und viel genauer, und ohne involviert zu sein in die Arbeit der Regierung, Oppositionspolitik machen. Insgesamt wird die Politik dadurch klarer werden und besonders, weil wir, wie es der Zusatzantrag von der SPÖ auch zeigt, ja auch genau reden werden, was die Rechte der Opposition in dem Zusammenhang sind. Also diese Befürchtungen kann ich nicht teilen, Graz wird meiner Meinung nach auch ein Stück demokratischer werden, weil es gerade für die WählerInnen eben auch einfacher wird, die Arbeit, die wir hier als Politikerinnen und Politiker auch leisten, zu bewerten. Danke für die Unterstützung, in diesem Sinne vielen Dank (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Mag. Mariacher wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Zusatzantrag von GRin. Krampfl wurde mit Mehrheit angenommen.

4) Erweiterung des Angebotes der Schulsozialarbeit in Graz

GRin. **Binder** stellt namens der ÖVP und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht also um die Schulsozialarbeit, die 2009 als Pilotprojekt eingeführt wurde und mittlerweile an zehn Pflichtschulen im Regelangebot drinnen ist. Der Träger dieser Schulsozialarbeit ist der Verein ISOP. Im Tätigkeitsbericht von ISOP 2010, der sehr, sehr beachtlich ist und den ich jeder Kollegin und jedem Kollegen ans Herz legen möchte, geht deutlich heraus, welche Leistungen die Schulsozialarbeit (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) getätigt hat im Jahr 2010. Unter anderem 1.650 Beratungsgespräche mit 4.820 Kontakten, das muss man sich vorstellen, in einem Schuljahr nämlich, und neben diesen Beratungsgesprächen mit Schülerinnen und Schülern stehen natürlich die SchulsozialarbeiterInnen auch den Eltern zur Verfügung, den LehrerInnen für Gespräche zur Verfügung, sie beziehen das relevante Umfeld mit ein, sie nehmen die Helfersysteme in Anspruch und sie bieten unzählige Workshops zur Gewaltprävention, zu Mobbing, zu allem Möglichen, zu Hip Hop usw. für die SchülerInnen an.

Und ich möchte sagen, in diesem einen Jahr ist wirklich enorm viel passiert. Jetzt ist es aber so, und darauf geht jetzt mein dringlicher Antrag, zwei von diesen SchulsozialarbeiterInnen werden nicht von der Stadt, sondern vom Land Steiermark bezahlt. Das Land Steiermark zahlt in allen anderen Bezirken auch SozialarbeiterInnen, SchulsozialarbeiterInnen, und zwar unabhängig von der Anzahl der SchülerInnen jeweils zwei SchulsozialarbeiterInnen. So entsteht die absurde Situation, dass für Graz, das ja ein Ballungszentrum ist und 13.000 SchülerInnen hat, vom Land Steiermark zwei SchulsozialarbeiterInnen bezahlt werden, genauso wie für den Bezirk Voitsberg, wo 3.000 SchülerInnen sind, also 13.000 und 3.000. Das ist äußerst unbefriedigend und kann so auch nicht gehalten werden. Wir brauchen einfach mehr an Schulsozialarbeit.

Daher stelle ich, und die Stadt Graz fordert seit langem den Ausbau der Schulsozialarbeit, hätte ich bald vergessen, ist nämlich wirklich wichtig, dies wurde von Frau Stadträtin Mag.^a Grabner sowohl medial als auch direkt in Gesprächen, aber auch im Schriftverkehr mit den zuständigen LandesrätInnen eingefordert.

Da von Seiten des Landes Steiermark bis dato keine entsprechende Unterstützung erfolgte, stelle ich daher namens des grünen Gemeinderatsklubs und der ÖVP den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die zuständige Landesrätin Mag.^a Elisabeth Grossmann auf, die dringend benötigten Ausweitungen der Schulsozialarbeit in Grazer Schulen abzusichern, indem die vom Land Steiermark dafür zur Verfügung gestellten Mittel ab dem Schuljahr 2011/2012 deutlich, mindestens jedoch um vier zusätzliche Vollzeitstellen, in Graz erhöht werden und ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Eine statistische Bemerkung. Wenn man die derzeitige Besetzung im Gemeinderatssaal nimmt, könnte man sagen, wir sind durchaus nicht nur eine Reduzierung der Zahl der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auf 48, sondern auf 32, das ist die derzeitige Besetzung, und fünf Stadtsenatsmitglieder.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Meißlitzer** zum Antrag: Liebe Sigi, danke für diesen dringlichen Antrag. Dringlich ist er sowieso insofern, das Schuljahr ist zu Ende und im September beginnt ein neues Schuljahr und daher die Dringlichkeit wirklich im Vordergrund. Ich möchte nur noch grundsätzlich was dazu sagen. Die Auswertung der Schulsozialarbeit, wie es sie im Übrigen nicht erst seit 2009 gibt, sondern die wurde in Graz auf Initiative der damaligen Schulstadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl schon am 21.11.1996 vom Gemeinderat beschlossen. Daher ist diese gerade im...

Zwischenruf GRin. Binder: Abgeschafft.

GRin. **Meißlitzer**. Wir haben sie aber damals beschlossen und das Abschaffen war wieder eine andere Geschichte. Aber gerade im städtischen Ballungsraum ist diese begleitende Unterstützung von Sozialarbeitern natürlich immens wichtig und ganz von großer Bedeutung. Danke noch einmal (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, werter Gemeinderat, liebe Sigi! Wir sind sehr dankbar über deine Initiative, die Anforderungen an das Lehrpersonal, das hat sich in den letzten Jahren ja grob geändert. Früher war der Bildungsbereich eigentlich zu 100 % die Aufgabe, und jetzt sind immer mehr soziale Anforderungen dazugekommen, die soziale Begleitung steht ziemlich im Vordergrund. Und Graz, und da bin ich sehr dankbar, war, wie auch die Kollegin von der SPÖ jetzt gerade gesagt hat, die Frau Meißlitzer, Vorreiter, also das Ganze hat es schon gegeben unter Tatjana Kaltenbeck-Michl, dann ist das wieder ein bisschen reduziert worden. Stadtrat Eisel-Eiselsberg hat das ganze Projekt dann wieder noch nach vorne gebracht muss man sagen, da waren wir alle sehr, sehr froh und ich bin auch als Sozialpädagoge begeistert, weil hier nicht so wie in vielen Fällen nur die Person im Vordergrund steht, sondern das ganze System wird hier mitbegleitet und ich glaube, das ist auch das Geheimrezept der Schulsozialarbeit. Als Graz machen wir die Hausaufgabe, wir stellen vier Vollzeitstellen bereit, die Sigi Binder hat das schon erwähnt. Es ist einfach eine komische Geschichte, kein Gleichgewicht. Wenn jetzt in der Grazer Woche die zuständige Landesrätin einen Artikel hat mit „Trotz Sparkurses weitet das Land das Pilotprojekt Schulsozialarbeit aus“, eine doppelseitiger Artikel, dann kann ich nur sagen, kommt da wirklich das Gießkannenprinzip zum Tragen, weil die Sigi Binder hat völlig richtig gesagt, man kann jetzt nicht Bezirke wie Graz mit einem Bezirk Voitsberg vergleichen, 13.000 Pflichtschüler und auf der anderen Seite 3.000 Pflichtschüler. Deswegen bitte ich, nicht nur über den dringlichen Antrag sondern auch die SPÖ-Fraktion, dass wir hier gemeinsam auch bei der Landesrätin vorstellig werden und dass wir das für unsere Stadt Graz einfordern. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Bürger zahlen für Behördenfehler

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn das zuständige Amt in einem in einem Berufungsverfahren einen Irrtum begeht und die entsprechenden Schriftstücke an die falsche Adresse schickt - weil sich zum Beispiel das Amt beim Blick ins Grundbuch geirrt hat oder nicht den neuesten Informationsstand besitzt oder der Sachverhalt eben komplizierter war - muss der falsch angeschriebene Bürger, der mit dem Sachverhalt eigentlich überhaupt nichts zu tun hat, dagegen berufen und die Berufungsgebühr zahlen. Dieser Umstand ist leider nicht allzu selten, wir hatten ihn zum Beispiel auch in der letzten Berufungskommissionssitzung. Das Amt beruft sich hier auf das Prinzip der Selbsttragung im Verwaltungsverfahren, wonach jede Partei, wie gesagt, die Kosten ihres Verfahrens selbst zu tragen hat. Anscheinend gilt das auch, wenn das zuständige Amt einen Irrtum begangen hat.

Dieser Umstand gehört raschest im Sinne der Bürgerinnen und Bürger geändert, sodass aus den im Motivenbericht genannten Umständen den Betroffenen keine Kosten erwachsen dürfen.

Ich stelle daher namens der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die Stadt Graz möge eine Petition im Sinne des Motivenberichtes an den Bundesgesetzgeber verabschieden, in oben genannten Fällen auf die Einhebung einer Berufungsgebühr verzichten zu dürfen.

In der Zwischenzeit mögen die zuständigen Stellen prüfen, ob die Möglichkeit besteht, dass die Stadt Graz bis zu einer bundesgesetzlichen Änderung von sich aus der betroffenen Partei aus einem passenden Topf diese Kosten ersetzen kann (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6) Sicherung von Gemeindewohnungen auf den Reininghausgründen

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Verkauf eines Grundstücks an den ÖAMTC scheint ja jetzt eine neue Runde in der Entwicklung rund um die Reininghausgründe eingeläutet worden zu sein, und wir haben ja heute bereits Gelegenheit gehabt, in der Fragestunde darüber auch kurz zu sprechen und uns informieren zu lassen. Ich möchte zunächst erinnern an die vielleicht, kurz eine historische Erinnerung sozusagen und keine Angst, ich gehe nicht zurück bis zu den alten Römern, sondern beginne erst 1853.

Dort hat nämlich die Familie Reininghaus das Grundstück, wie wir es heute kennen, gekauft und hat heute dort in Folge eine der modernsten Bierbrauereien der damaligen Zeit entwickelt. In der Nazizeit emigrierte die Familie, die als nicht vollarische gegolten hat, zu dieser Zeit wurde auch Eggenberg eingemeindet in Graz, in den weitläufigen Kellern der Brauerei produzierte die Firma Puch in den letzten Kriegsjahren Kriegsgerät, und nicht zuletzt wurde die Brauerei bei Bombenangriffen ja auch schwer beschädigt.

Nachdem in den 50er- und 60er-Jahren die Fruchtsaftherstellung letztlich scheiterte, wurden einige kleine Randgebiete verkauft, etwa an die Firmen Großschädl, Denzel und Mannesmann.

Anfang der 90er-Jahre wurde – damals gemeinsam mit der Stadt Graz – eine Verwertungsstudie erstellt. Ergebnis war ein Konzept für einen Kulturstadtteil. Dazu gab es noch die Idee einer Stadtbahn nach Pirka. Später kam dann dazu die Idee der

Errichtung einer Fachhochschule in den denkmalgeschützten Werkshallen und der Errichtung eines olympischen Dorfes, allerdings natürlich nur für den Fall, dass Graz tatsächlich Austragungsstätte der Olympischen Spiele werden sollte. Folke Tegethoff träumte von einem „wonder world of music“-Themenpark mit Kino und einer Veranstaltungshalle in Form einer Geige. Nachgedacht wurde auch über einen Sport- und Freizeitpark sowie über einen Businesspark. Was aus all diesen Ideen geworden ist, dürfte bekannt sein, wenn man sich heute die brach liegenden Flächen ansieht.

2005 schließlich erwarb Asset one das Areal, um es, wie es heißt, zu entwickeln.

Der Grazer Gemeinderat beschloss im Feber 2010 einstimmig den Rahmenplan, der die weitere städtebauliche Entwicklung der Reininghaus-Gründe regelt.

Im April 2010 wollte die Stadt das Areal der Asset one abkaufen. Um die 80 Millionen Euro wurden dafür veranschlagt. Im Jänner 2011 hieß es dann, das Petruswerk von Herrn Fernando hätte das Areal von der Asset one übernommen. Etwas verfrüht kam diese Aussage, ist doch der Kauf bis heute noch nicht real zustande gekommen.

Im Mai 2011 wurde öffentlich, dass Herr Fernando einige Bedingungen an den Kauf knüpft, so forderte er etwa Garantien für die Umwidmung von Grundstücken.

Erst vor wenigen Tagen wurde schließlich bekannt, dass der ÖAMTC eine Fläche von rund 25.000 m² aus dem Besitz der Asset one erworben hat. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dies der Anfang vom Ende der hochtrabenden Pläne sein könnte und die Filettierung des Areals einsetzt.

Es geht uns also darum, allfällig damit verbundenen größeren Schaden abzuwenden und Grundstücke im Areal der Reininghausgründe für dringend benötigte Gemeindewohnungen zu sichern. Selbstverständlich könnten diese Grundstücke dann auch für andere wichtige Maßnahmen verwendet werden, ich möchte nur ein Beispiel geben, bei der Hummelkaserne war es auch so, die richtige Entscheidung der Stadt Graz, diese Flächen zu sichern, bedeutet, dass heute ein dringend benötigtes Pflegeheim dort errichtet werden kann.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz prüft die Möglichkeiten, einzelne Grundstücke aus dem Besitz der Asset one in Reininghaus anzukaufen, um in Übereinstimmung mit dem Rahmenplan Reininghaus Gemeindewohnungen darauf zu errichten. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

7) Ein verantwortungsvolles Handeln der Politik in der Causa Reininghaus

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Wir haben heute in der, ich darf den Bezirksvorsteher Schwarzl begrüßen, wir haben heute in der Anfrage, also in der Fragestunde, bereits sehr viel über die Reininghausgründe gesprochen, auch der Bürgermeister ist einigermaßen erklärend tätig geworden. Danke auch für den geschichtlichen Abriss jetzt über die Entwicklung der Reininghausgründe, ich will mich ein bisschen auf die Zukunft beschränken, auch mit unserem Antrag des BZÖ. Wir haben wirklich Angst, und zwar eine berechtigte, dass die Reininghausgründe Spekulanten zum Opfer fallen. Es ist absehbar, es ist auch absehbar, dass die Stadt keinerlei Handhabe dagegen haben wird, wenn wir nicht handeln. Und ich bin wirklich der Überzeugung, und ich wiederhole mich noch einmal von heute zu Mittag, die Stadt hat bei Reininghaus die einmalige Chance, seit Jahrzehnten die einmalige Chance, wieder stadtgestalterisch in so einem großen Umfang tätig zu werden. Das ist seit zig, zig, zig Jahren, wenn nicht seit mehr als 100/150 Jahren nicht mehr möglich gewesen, dass ein Bürgermeister, eine Stadtregierung, ein Gemeinderat hier wirklich die Chance hat, einen ganzen Stadtteil selbstständig zu entwickeln. Ich habe heute am Vormittag bereits oder zu Mittag einmal mehr ein Modellprojekt der Stadtentwicklung skizziert. Die obersteirische Stadtgemeinde Schladming, die quasi mit dem Zuschlag der Schi-WM 2013

selbstverständlich sofort internationale Projekte aufstellen musste, die bauen musste, und das konnte sie nur, weil die Stadt Schladming relativ geschickt eigene Grundstücke für diesen eventuellen Fall bei sich behalten hat. Und ich glaube, das ist auch in diesem Fall, wir haben jetzt keine Schi-WM 2013, ich will ja nicht, dass die Stadt Graz ein besserer Immobilienmakler wird, nein, aber wir haben die einmalige Chance, dass die Stadt hier im Ökobereich, im Energiebereich eine Modellstadt, eine Reininghaus-Ökostadt wird sie unter anderem genannt, hier entwickeln kann. Und wir sollten daher alles daran setzen, dass Heft in der Hand zu behalten und auch die Verantwortung dafür auszuüben. Wir sollten es nicht zulassen, dass ein so großes Grundstücksobjekt privaten Spekulanten zufällt. Wir haben damals auch einen Antrag gestellt, wir haben, wie Sie wissen, sehr geehrte Damen und Herren von der KPÖ, Sie haben dem ja nicht zugestimmt, wir haben ja dem Grundsatzbeschluss zugestimmt, ÖVP, Grüne, BZÖ und haben in einem Abänderungsantrag und Zusatzantrag erreichen können, dass das auch Sozialwohnungen zur Verfügung steht. 500, Stadtrat zitiert unseren Antrag, ich danke dafür, 500 Sozialwohnungen hier in dem Bereich projiziert werden, weil wir gesagt haben, wenn wir so etwas entwickeln, dann müssen wir auch für den sozialen Wohnbau etwas tun und haben in Verhandlungen mit dem Stadtrat das auch erreichen können, und wir haben auch gemerkt, es gibt da von Seiten des Stadtrates Rüschi durchaus diesen gestalterischen Willen, hier aus Reininghaus etwas schaffen zu können. Ich glaube, wir sind aber an einem Scheideweg. Wenn wir jetzt nicht, auch über den Sommer, Nägel mit Köpfen machen und auch einmal als Stadt Graz grundsätzlich noch einmal erneuern, was wir wollen, dann haben wir das Problem, dass Asset one Scholdan, weil ihnen das Wasser bis zum Hals steht, zitierweise verkaufen, es zerschneiden und zerschlagen und schlussendlich wir als Stadt Graz erst wieder die Kosten tragen müssen für die Aufschließung, für die Infrastruktur dieser Entwicklungsgebiete, weil wir sind ja dafür zuständig, dass dann die Straße gebaut wird. Das heißt, ob wir es jetzt selbst kaufen und uns die Investoren aussuchen, mit denen wir in einem Etappenplan der nächsten 20/25 Jahre etwas machen oder ob wir nur auf den Kosten sitzen bleiben, da entscheide ich mich dafür, dass ich der Gestalter dieses Gebietes bin, und daher

bringe ich heute, der Bürgermeister hat gesagt, wir müssen uns entscheiden, und ich sage, die Entscheidung ist heute sehr wichtig und sie ist auch dringlich, ich glaube, sie wird im Herbst zu spät sein, daher ringen wir uns heute durch für eine Entscheidung, der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt die Möglichkeit, im Rahmen der Projektierung der Reininghausgründe stadtentwicklerisch autonom tätig zu werden. Ziel der Stadt Graz ist daher die Übernahme der Reininghausgründe in das städtische Eigentum beziehungsweise in den Einflussbereich der Stadt Graz.
2. Der Finanzreferent der Stadt Graz wird aufgefordert - gemeinsam mit dem Bürgermeister, der Vizebürgermeisterin und Verkehrsreferentin und in Abstimmung mit den Gemeinderatsausschüssen (Raumordnung und Bau, Stadtentwicklung, Reininghausausschuss) – mit der bekannten Gläubigerbank von Asset One Verhandlungen über eine Übernahme der Reininghausgründe aufzunehmen. Über diese Verhandlungen soll der zuständige Finanzreferent dem Gemeinderat in seiner Sitzung im September 2011 erstmals berichten.

Es schließt auch nicht aus, dass wir mit Asset one direkt verhandeln, aber ich halte es für sehr wichtig, dass wir auch mit der Bank in Verhandlung treten und der Bank signalisieren, dass, wenn sie ihre Forderung gegenüber Scholdan uneinbringlich hält, nicht lange warten muss, sondern wir hier in dem Bereich in Vorlage treten, das ist im Geschäftsleben im Übrigen sehr oft möglich. Und hier geht es um etwas, wir planen ja keine feindliche Übernahme, sondern hier geht es wirklich darum, dass wir als Stadt Graz selbst entwickeln können und auch schlussendlich vielleicht selbst einmal das Geschäft machen und ein wenig unternehmerisch tätig sind (*Applaus BZÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Darf ich zwei Bezirkshauptleute auf der Galerie begrüßen, Bezirksvorsteher Schwarzl und Bezirksvorsteher Szettele, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

GR. **Hagenauer** zur Dringlichkeit: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zur Vorgangsweise in der Frage Sicherungen von Gemeindewohnungen wollte ich kurz etwas einbringen beziehungsweise einen Abänderungsantrag stellen. Die Sache läuft darauf hinaus, dass, wie schon erwähnt wurde, Reininghaus nicht irgendeine x-beliebige Baustelle ist in Graz, und dann entweder wird dort ordentliche Stadtentwicklung gemacht und wenn, dann gilt das für alle Bereiche. Nicht zuletzt auch für den Gemeindewohnungsbau. Das heißt aus unserer Sicht, die herkömmliche Vorgangsweise, dass man ein Grundstück von der Stadt zur Verfügung stellt, einen Bauträger für den übertragenen Wohnungsbau, hat, wie wir alle wissen, durchaus gewisse Nachteile, nämlich, man schafft eine Stigmatisierung leider, es ist ganz klar wer da drinnen wohnt und wir kennen alle die Konflikte, die sich daraus ergeben rundherum. Worauf wir hinaus wollen, ist das, dass man bei so einem Projekt wie bei Reininghaus einen anderen Ansatz verfolgen sollte, nämlich jenen, der in anderen Ländern Europas übrigens durchaus üblich ist, zum Beispiel in Holland, wenn Sie dort durch die Stadt gehen, dann kann Ihnen niemand sagen, wo hier ein Objekt des sogenannten, wie wir es nennen, Gemeindewohnungen sind, es kann ihnen auch niemand sagen, wer jetzt Bewohner einer derartigen Wohnung ist, weil diese Leute einfach mitten in den ganzen Bereich des gesamten geförderten Wohnungsbaus einfach eine Wohnung zugewiesen bekommen und niemals ein ganzes Gebäude jetzt nur für solche Zuweisungen herangezogen wird. Dass das große soziale Vorteile hat, brauche ich Ihnen nicht näher schildern und dass es machbar ist, ist augenscheinlich, daher möchte ich diesen Antrag stellen, der lautet:

Die Stadt Graz tritt am Petitionswege an den Steiermärkischen Landtag heran mit dem Ersuchen, die Wohnbauförderungsrichtlinien insofern zu ändern, als Gemeindewohnungen im übertragenen Wohnungsbau sich nicht mehr ausschließlich

auf einzelne Objekte beziehen, sondern nur auf Wohnungen im gesamten geförderten sozialen Wohnungsbau.

Kleine Anmerkung am Schluss, wir haben schon einmal gesprochen mit dem Büroleiter vom zuständigen Landesrat, der hat sich in dem ersten Kontaktgespräch durchaus aufgeschlossen gezeigt für eine derartige Vorgangsweise, das heißt, die Sache könnte durchaus klappen und wäre aus unserer Sicht ein ziemlicher Fortschritt. Ich bitte um Annahme.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, können wir es bitte klären, ist es ein Abänderungsantrag, einer neuer Antrag, das ist ein komplett neuer Antrag inhaltlich...von dem abgesehen, ich würde das bitten zu klären, so wie ich das gehört habe, ist das ein neuer Antrag. Schon, haben wir gewisse Regeln für neue Anträge.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Goldgräberstimmung des Kollegen Grosz möchte ich schon sagen, viele Luftblasen, und der Kollege Eber hat es ja schon in seiner Historie herausgestellt, dass viel Luftblasen zerplatzt sind. Wir wissen, dass das Gelände, Größe ist gefallen, rund 55 Hektar enorm groß ist und wir wissen auch, haben wir heute auch in der Sitzung besprochen, wie schwierig es alleine ist, das Projekt Thalia, ich spreche noch gar nicht von Verbauung Dietrichsteinplatz, wirklich auf die Reihe zu bringen. Hier zu glauben, die Stadt Graz könnte allein vom Projektmanagement, vom Know-how her das stemmen, wage ich wirklich ernsthaft zu bezweifeln. Wir wissen außerdem die Finanzsituation der Stadt Graz mit der Verschuldung, mit den Haftungen die wir haben, dass auch dieses Projekt, und nicht einmal die Koalition zwischen Schwarz/Grün war sich seinerzeit beim Kaufangebot einig, da ist es um rund zehn Millionen Differenz allein gegangen, dass wir das stemmen könnten. Bin aber sehr

wohl der Ansicht, die Stadt Graz sollte über das bisherige Maß hinaus, was gemacht worden ist, nicht untätig bleiben. Natürlich sollten wir für die Belange der Stadt Graz, für die Grazerinnen und Grazer die Initiativen setzen, die Projekte wirklich dort vor Ort in den Reininghausgründen umsetzen, die für die Stadt Graz essentiell sind, unter anderem auch die 500 Wohnungen für den sozialen Wohnbau. Ich möchte aber nicht vergessen zu sagen, dass es auch aufgrund des nicht ausreichend vorhandenen Tätigwerdens von der Frau Stadträtin Kahr es so ist, dass viele, viele Wohnungen aufgrund von Untervermietungen, aufgrund dessen, dass einfach die soziale Bedürftigkeit nicht geprüft wird über die Monate und Jahre, an sich jenen Grazerinnen und Grazern zur Verfügung stehen sollten, die heute schon geprüft auf der Warteliste sind, das sind bekanntermaßen 16.050 Personen, die auf eine Wohnung warten. Das bedeutet, wir bauen Wohnungen, für die es an sich andernorts bereits eigentlich Platz geben müsste, wenn wir das ordnungsgemäß machen müssten, und wir nehmen zumindest zwischenzeitlich in Kauf das soziale Drama, dass wir Leute auf der Straße stehen lassen unversorgt, die eigentlich einen ethisch, moralischen Anspruch darauf hätten. Daher stimme ich grundsätzlich diesem KPÖ-Antrag zu, dem Antrag des BZÖ stimme ich nicht zu. Danke.

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ÖVP-Fraktion wird der Dringlichkeit, den beiden Anträgen die Dringlichkeit nicht zustimmen, und zwar möchte ich das wie folgt begründen: Es ist heute schon sehr ausführlich in der Fragestunde über das Projekt Reininghaus im weitesten Sinne diskutiert worden, zwei Fragen wurden, glaube ich auch, sehr ausführlich vom Herrn Bürgermeister beantwortet, insbesondere auch in Richtung des derzeitigen Grundeigentümers, ein entsprechendes Schreiben wurde ja verfasst. Um noch einmal den Sachverhalt auf den Punkt zu bringen, gibt es ja auch dazu einen Ausschuss, der sich ausschließlich mit dieser Thematik beschäftigt. Ich glaube, wenn wir heute dieses Signal mit dieser Dringlichkeit nach außen setzen, könnte es durchaus sein, dass die

entsprechenden Verhandlungen, die ja noch laufen werden und hoffentlich laufen werden, durchaus in eine Sackgasse führen könnten. Die ÖVP-Fraktion ist also der Meinung, man sollte noch durchaus den Sommer dazu verwenden, hier die entsprechenden Verhandlungen seitens der zuständigen Senatsmitglieder, Finanzreferent, Bürgermeister, Vizebürgermeisterin führen, sodass die Dringlichkeit zum heutigen Zeitpunkt aus unserer Sicht nicht gegeben ist. Ich glaube, dass es auch sinnvoll ist, diese Thematik weiterhin den Ausschüssen zuzuweisen. Es gilt auf der einen Seite, wenn man rein stadtplanerisch das ansieht, den Ausschuss Reininghaus, der sich gestern auch sehr ausführlich mit der Thematik auseinandergesetzt hat, und andererseits ist es durchaus möglich, einmal einen gemeinsamen Ausschuss zu bilden oder sich zusammenzutreffen einerseits mit dem Ausschuss Reininghaus und auch mit dem Ausschuss für Wohnungsangelegenheiten, sodass man vielleicht auch diese von dir, lieber Kollege Eber angesprochene Thematik gemeinsam behandeln könnte. Ich würde meinen, dass die Dringlichkeit eben in beiden Fällen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gegeben ist und die Ausschussarbeit in diese Richtung aber durchaus unter Berücksichtigung der Bedenken, die vom Kollegen Grosz hier geäußert werden, weiter fortgesetzt werden sollte (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Krampl**: Meine Damen und Herren! Ich möchte mich einmal bei Gemeinderat Grosz recht herzlich bedanken, weil wenn wir ihn nicht hätten, wären uns die ganze Problematik und die Situation um Graz-Reininghaus, überhaupt nicht bewusst. Erst heute durch deinen dringlichen Antrag sind wir draufgekommen, dass wir auch hier noch weitere Überlegungen anstellen müssen, also recht herzlichen Dank dem Herrn Gemeinderat Grosz. Ich kann mich in der Wortmeldung dem Herrn Gemeinderat Topf anschließen, auch wenn die Anträge, sogar deiner, von der Intention her richtig sein mag, halte ich trotzdem den Zeitpunkt für absolut falsch. Nach wie vor sind wir mitten in den Verkaufsverhandlungen, beziehungsweise auch wenn sie jetzt feststecken, es ist nicht der richtige Zeitpunkt, ich schätze, dass wir noch abwarten

müssen, was aber nicht heißt, dass die Zeit nicht genutzt werden darf für weitere Überlegungen, für Überlegungen, die hinsichtlich eines Planes C, D oder E bestehen, die Stadt Graz weiß, dass sie Handlungsbedarf hat oder dass es Handlungsbedarf geben wird. Gemeinderat Topf hat den Reininghausausschuss angesprochen, wo wir gestern leider nicht in der gebührenden Zeit, aber doch sehr intensiv, diskutiert haben und Themen angerissen haben...

Zwischenruf GR. Grosz: Ich werde auch nicht eingeladen.

GRin. **Krampl**: ...Reininghausausschuss, auch du bist recht herzlich eingeladen, ich habe dich dort noch nie gesehen, dann würdest du sehen, wie intensiv, du bist nicht Mitglieder, aber du kannst, auch der Herr Gemeinderat Mariacher war im Ausschuss auch ohne Einladung, weil er sich vielleicht mehr dafür interessiert, als nur hier populistisch zu stehen.

Zwischenruf GR. Grosz: Der drängt sich überall auf, das ist etwas anderes.

GRin. **Krampl**: Ich halte diese Anträge (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) zurzeit nicht als förderlich und es braucht keinen dringlichen Antrag, sage ich jetzt einmal, in dieser Zeit, um zu wissen, dass die Stadt hier Handlungsbedarf hat oder Handlungsbedarf haben wird. Der Bürgermeister hat es in seiner Wortmeldung angekündigt oder auch angedeutet, dass es eventuell zu einem

Scheitern der Verhandlungen kommen wird und er hat gesagt und versprochen, dass er Verhandlungen und Gespräche mit allen Fraktionen, die hier im Rathaus sind, aufnehmen wird und Gespräche führen, dass wir gemeinsam zu einer guten Lösung für Reininghaus kommen werden. Auch hinsichtlich Sozialwohnungen und was weiß ich auch, aber nicht in Form eines dringlichen Antrages, der jetzt zu der Phase einfach kontraproduktiv und rein populistisch meines Erachtens ist. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Eber**: Ich möchte nur kurz sagen, natürlich halte ich den Antrag, den wir da eingebracht haben, für sinnvoll und richtig und ich glaube auch, dass es wirklich auch im Interesse der Stadt ist, einen Weg zu finden, um hier möglichst Flächen auf einer günstigen Art und Weise zu sichern, um beispielsweise oder für uns natürlich vordringlich Gemeindewohnungen zu errichten. Ich entnehme den Wortmeldungen, dass dieser Antrag keine Mehrheit findet, möchte allerdings schon aufgreifen auch, was der Kollege Georg Topf vorgeschlagen hat mehr oder weniger, dass man eventuell eine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse Reininghaus und Wohnen machen, um da halt auch die Ideen und Vorstellungen und auch die Notwendigkeiten, die einfach gesehen werden, was Grundstücke, was Wohnungen usw. anbelangt, einmal auszutauschen zumindest, und von daher wäre ich natürlich sehr froh, wenn das zustande kommen würde. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz**: Naja, das kommt mir so vor, wie die Frau Fekter, die bei der Griechenlandhilfe vor zwei Monaten noch gesprochen hat, das ist alles ein Geschäft, da wird eh nichts passieren und das sollen wir ruhig machen, weil da verdient die Republik Österreich ein Geld, so kommt mir die Wortmeldung der SPÖ und der ÖVP vor, da wird eh nichts passieren und dringlich ist das eh nicht. Wissen Sie was, wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte, und ich bin ja froh und glücklich und

dankbar, dass dieses Sprichwort wie das Amen im Gebet immer eintrifft. Und ich bin auch froh und glücklich, dass das alte Sprichwort, Dummheit gehört bestraft, und zwar auf den Fuß, wo sie vorkommt, dass das auch eintreffen wird. Sie werden Folgendes jetzt erleben, Kollegin, bitte auch das Protokoll über deren Wortmeldung der SPÖ recht rasch auszufertigen, weil sie wird bereits in zwei/drei Wochen eines Besseren belehrt werden. Nämlich in zwei/drei Wochen, wenn die Frau Kollegin die Zeitung aufschlägt und dann plötzlich liest, dass wieder ein Grundstück weg ist, aber witzigerweise leider Gottes kein Gemeinderat tagt. Sie werden irgendwo in einer Bucht, egal wo, sitzen und werden einen Tag zu spät alte Kleine Zeitung kriegen und dort werden Sie eine Doppelseite haben, dass der Douglas Fernando endgültig abgesprungen ist, und dass schon wieder 2,5 Hektar verscherbelt worden sind und wissen, wann das passiert, in den nächsten drei Wochen bereits, und das wird zitzerweise den ganzen Sommer gehen.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Wir reden mit der Wirtschaft, daher wissen wir, dass es nicht geht.

GR. **Grosz:** Aber es ist nicht dringlich, es ist kein Problem, und wir beten und wir hoffen, wird schon nichts passieren über den Sommer die nächsten zwei Monate. Sozialdemokratische Wirtschaftskompetenz, Sie rechnen nicht mit der Wirtschaft und auch mit dem Profitwunsch, ich sage nicht einmal Gier, ich sage mit dem Profitwunsch eines Investors, dem das Wasser bis zum Hals steht, aber das wisst ihr nicht, auch die ÖVP nicht, weil von Wirtschaft hat sie keine Ahnung. Dass der natürlich seine Grundstücke schnell loswerden will (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), nachdem die Bank ihm auf die Füße steigt, ist klar, weil sonst hätte er auch nicht bereits ein Grundstück an den ÖAMTC verkauft und damit laufende

Verhandlungen irritiert, erstens, und zweitens dem Herrn Douglas Fernando PR-mäßig die Absprungbasis gegeben wird. Der wird die nächsten drei Wochen daherkommen und sagen, jetzt bringt es eh nichts mehr, jetzt ist das zerschlagen. Gratuliere euch, dass ihr bei der Strategie mitmacht und damit Immobilienspekulanten auch noch die Räuberleiter macht. Also so blöd muss man nämlich auch einmal sein, aber so ist es nämlich und ihr bereitet es schön vor, volkstümlich gesagt, zitiere, als nützlicher Idiot und werdet dann selber über den Sommer überrascht werden, wenn ihr einmal die Zeitung aufschlagt und das lesen werdet. Und ob das jetzt in zwei oder drei Wochen ist, es wird passieren und wir werden im September genau darüber debattieren, Krokodilstränen drücken, mein, jetzt ist das passiert. Ich findet es sehr schade, weil einen einfachen Grundsatzbeschluss zu fällen und den Stadtsenatsreferenten damit zu ermächtigen, mit dem Rückhalt des Gemeinderates den Wunsch zu zeigen, dass die Stadt daraus wirklich etwas entwickeln will, dass wir nicht einmal dazu bereit sind, ist ja ein Armutszeugnis und spricht ja ohnedies dagegen, dass ihr mit diesen Grundstücken überhaupt...

Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Eber wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Grosz wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, die dringlichen Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne noch das Schicksal von dem Abänderungsantrag vom Herrn Hagenauer noch erläutern, und zwar wir haben uns darauf geeinigt, dass dieser Abänderungsantrag zum dringlichen Antrag zu einem ganz normalen Antrag gemacht wird und der hiermit als eingebracht gilt.

8) Moscheebau der bosnisch-muslimischen Gemeinde in Graz

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Schade, dass bei dem wichtigen Thema der Herr Bürgermeister gerade nicht da ist, nachdem er sich ja in den letzten Tagen medial zu Wort gemeldet hat, wäre auch interessant, das gegenüber den Gemeinderäten auszuführen. Aber wenn er auf dem Weg ist, umso besser. Der geplante Bau zweier Moscheen - in einem Fall sogar im Ausmaß eines Megaprojektes, nämlich bei den bosnischen Muslims - war in jüngerer Vergangenheit in redundanter Auffälligkeit Gegenstand zahlreicher Diskussionen auf der Straße, in den Medien und auch im Grazer Gemeinderat. Der Herr Bürgermeister war in diesem Zusammenhang auch stets bemüht, allen Beteiligten zu versichern, es bestünde kein Grund zur Sorge. Herr Bürgermeister stünde stets im besten Einvernehmen mit den türkischen und bosnischen Muslimen in unserer Stadt, radikale Strömungen seien einfach nicht zu beobachten. Kritische Stimmen - auch wenn diese nicht aus den Reihen der FPÖ gekommen sind, wie zuletzt auch vom Sicherheitsdirektor für Steiermark Josef Klamming - sind konsequent beschönigt worden, verharmlost worden und versucht worden zu verdrängen.

Diese Beteuerungen sind – realpolitisch gesehen – als eine fahrlässige Fehleinschätzung der Lage abzuqualifizieren. Denn bereits im Februar nahm eine Gruppe bosnischer Islamisten an einer Demonstration, wie Sie wissen, welche auch zum Thema einer Anfrage gemacht wurde, der ägyptischer Moslems teil, wobei sie eben die Kriegsflagge Mohammeds, die sogenannte Dschihad-Fahne, mit sich führten

und auch unverhohlen sogar in die Kamera gehalten haben. In diesem Zusammenhang warnte sogar ein Vertreter des Verfassungsschutzes vor einer radikalen Zelle unter den bosnischen Moslems in Graz. Diesen Sachverhalt haben dann auch im Übrigen offizielle Vertreter der bosnisch-muslimischen Gemeinde nicht abgestritten und sogar erklärt, dass sie auf diese Radikalen keinen Einfluss hätten.

Nun spricht sich eben auch, wie erwähnt, der steirische Sicherheitsdirektor Klamming im Zusammenhang mit der geplanten Moschee der Bosnier öffentlich aus, und er spricht von einer Besorgnis erregenden Entwicklung. Und Sie, Herr Bürgermeister, werden zugeben müssen, dass diese Aussagen Ihren Darstellungen auch diametral gegenüberstehen. Beispielgebend darf ich den Herrn Bürgermeister zitieren, er hat in der Gemeinderatssitzung vom 20. Jänner treuherzig versichert, es handle sich bei den Bauwerbern ausschließlich um gläubige Menschen, die lediglich zu ihrem Gebet gingen und die einen sehr offenen Dialog führten, den leider noch immer nicht alle annehmen würden.

Ein anderes Mal hat uns der Herr Bürgermeister im Gemeinderat offenbart beziehungsweise auch seine gutgläubig und naive Haltung gezeigt, indem er erwähnt hat, dass er bei bauwerbenden Gruppen auch persönlich zu Gast gewesen ist und er auch keine radikalen Umtriebe feststellen hat können.

Wenn nämlich der Grazer Bürgermeister mit Vertretern der bosnischen Muslime gelegentlich in entspannter Atmosphäre gesüßten Tee trinkt, weist ihn das nicht unbedingt als Experten für das durchaus realistische Bedrohungsszenario des Islamismus aus (*Applaus FPÖ*). Leider divergieren hier seine persönliche Wahrnehmung und die tatsächliche Faktenlage auch entscheidend.

Tatsächlich existieren von der Polizei bestätigte Verbindungen radikaler islamistischer Strömungen aus Bosnien-Herzegowina in die Steiermark. Außerdem fehlen ja auch leider die nötigen rechtlichen Grundlagen, um die Religionsausübung auf Vereinsbasis

oder wo auch immer - wie eben bei der bosnischen Gemeinde der Fall - entsprechend zu überwachen.

Zudem besteht in Österreich ein verfassungsmäßig gewährleistetes Recht auf freie Religionsausübung. Einerseits kann es nicht das Ziel eines demokratischen Staates sein, Grundrechte auszuhöhlen und Angehörige einer Glaubensgemeinschaft pauschal zu verurteilen oder zu bespitzeln, andererseits gilt es, unsere Gesellschaft vor radikalen Strömungen und Einflüssen zu schützen, also auch eine neue Perspektive auf dieses Thema. Wie der aktuelle kriminalistische Zufallsfund vor drei Wochen in Wien gezeigt hat, war dort eine radikal-islamistische Terrorzelle, die auch an Planungen für ein 09/11-Szenario in Europa auf dem Berliner Reichstag beteiligt war, am Werk.

Weil wir die Vertreter der bosnisch-muslimischen Gemeinde in Graz nicht pauschal inkriminieren wollen, muss im Gemeinderat die Tatsache, und zwar sachlich, und ich möchte das gleich einmal vorausschicken, dass nicht wieder gleich einmal, nur weil wieder ein kritischer Einwand von uns kommt, da mit der Hetzekeule gekommen werden muss, wir wollen hier sachlich diskutieren, muss eben im Gemeinderat die Tatsache diskutiert werden können, dass sich mit einem Moscheebau dieses Ausmaßes auch radikal islamistischen Zellen hier in Graz einnisten können und die Tür in unsere Gesellschaft geöffnet wird. Da sich die Stadt Graz bislang bei den Planungsarbeiten für dieses Projekt begleitend eingebracht hat, ist diese Unterstützung im Lichte der gegenwärtigen Erkenntnisse neu zu bewerten.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird beauftragt, sich mit den zuständigen polizeilichen Stellen ins Einvernehmen zu setzen, um im Sinne des Motivenberichtes eine

realistische Einschätzung der Gesamtlage zu erhalten. Herr Bürgermeister Nagl wird zudem ersucht, die solcherart erhaltenen Informationen dem Gemeinderat umfassend und politisch ungefiltert zur Kenntnis zu bringen.

Der Gemeinderat wolle ferner beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, an das Innenministerium der Republik Österreich heranzutreten, um eine Auskunft hinsichtlich folgender Fragestellungen zu erbitten:

1. Kann ausgeschlossen werden, dass zwischen in Graz lebenden bosnischen Muslimen - gleichgültig ob diese in Vereinen organisiert sind oder nicht - und radikal-islamistischen Zellen in Bosnien-Herzegowina Verbindungen bestehen?
2. Kann ausgeschlossen werden, dass sich unter der bauwerbenden Gruppe der bosnisch-muslimischen Gemeinde in Graz Strömungen befinden, deren Auslegung des Islams als radikal-islamistisch bezeichnet werden muss und die sich somit im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung befinden?
3. Besteht die Gefahr, dass durch den Bau einer Moschee der bosnisch-muslimischen Gemeinde in Graz Personenkreisen mit radikal-islamistischem Gedankengut ein Versammlungsort geboten beziehungsweise ein Rekrutierungsnetzwerk für terroristische Zwecke geschaffen wird?
4. Ist ein terroristisches Gefahrenpotential, wie es der heimische Verfassungsschutz in Wien aufgedeckt hat, für Graz auszuschließen?

Bis zum Vorliegen der entsprechenden Informationen und Antworten werden seitens der Stadt Graz sämtliche Unterstützungstätigkeiten im Zusammenhang mit dem geplanten Moscheebau der bosnisch-muslimischen Gemeinde, die über das gesetzlich vorgeschriebene Ausmaß hinausgehen, eingestellt. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.00 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank. Ich darf mich vielleicht gleich namens meiner Fraktion zu diesem Thema zu Wort melden, wie ich das jetzt auch schon via Medien öffentlich getan habe. Ich habe auch gestern eine Veranstaltung in einem Grazer Lokal gehabt, in dem sehr, sehr viele Menschen teilgenommen haben und ich auch eingeladen habe den Vertreter der bosnisch-muslimischen Glaubensgemeinschaft und auch den Herrn Sicherheitsdirektor Klamminger. Bevor ich aber zu meinen und unseren Überlegungen zum Thema Moscheebau komme, möchte ich ein paar Anmerkungen zu Ihrem Text gleich zu Beginn haben, das Erste ist, und darüber habe ich mich sehr gewundert und deswegen habe ich so schnell eingeladen, Sie haben zitiert, dass ich gesagt habe, dass es Menschen bei uns gibt, Muslime, die zum Gebet gehen, die einen sehr offenen Dialog führen und dass es immer noch Menschen gibt, die diesen Dialog nicht annehmen. Und da war ich gestern durchaus und auch vorgestern sehr überrascht, dass auch der Sicherheitsdirektor Klamminger, den ich durchaus sonst sehr schätze, bis heute noch nie den Dialog zu dieser bosnischen-islamischen Glaubensgemeinschaft überhaupt gesucht hat, er war eingeladen und war noch nicht dort und deswegen gab es, wenn ich so sagen darf, gestern das erste Mal auch eine persönliche Begegnung. Zweitens, ich habe bei den Bosnieren noch keinen süßen Tee getrunken, ich trinke meinen Tee immer ungesüßt. Drittens, ja, in vielen Fragen, auch in der Politik, ist man durchaus Laie, aber ich frage mich, wo die Experten in Ihren Fraktionen sitzen, wenn ich mir so manchen Text dann immer wieder durchlese, und Sie sprechen auch davon, dass es Unterstützungstätigkeiten für den Moscheebau gibt. Es gibt in Österreich, Gott sei Dank, für jeden Menschen, auch für jede Institution, für jeden Verein, die Möglichkeit, ein Grundstück zu erwerben und nach unseren Baurechten und unseren Baugesetzen auch ein solches Gebäude zu errichten. Wir unterstützen ja nicht, ich werde dazu dann später noch kommen,

sondern wir haben versucht, einen transparenten offenen Weg zu gehen, damit wir ein paar Dinge auch garantieren können, weil im Moment findet, wenn ich so sagen darf, das Gebet der Muslime in Hinterhöfen statt, in Vereinen, die im Übrigen auch der Herr Sicherheitsdirektor Klamminger sehr hinterfragt. Sie wissen, was sich heute alles unter dem Deckmantel des Vereines in unserer Gesellschaft jetzt schon verbirgt und wo die Polizei quasi ausgesperrt bleibt. Ich glaube, dass der Bundesgesetzgeber hier ordentlich darüber nachzudenken hat, wie man das ändern kann. Wir haben uns bemüht von Seiten der Stadt, auf jene Probleme einzugehen, unter denen die Menschen in Graz schon ziemlich leiden, und das hat sich gestern auch bei der Diskussion, nämlich ganz stark herauskristallisiert. Jene Menschen, die nämlich neben den jetzigen Gebetsräumen wohnen und dann plötzlich Veranstaltungen in Nebenhäusern erleben, wo halt 200, 300, manchmal auch mehrere Hundert Menschen kommen, das sind nicht geeignete Stätten, wenn ich so sagen darf, und deswegen ist es notwendig, dass wir einmal gezielt, auch von Stadtentwicklung und Stadtplanung begleitet, einen Raum für größere Menschenansammlungen schaffen. Jetzt ist einmal ganz, ganz wichtig, ich werde jetzt nicht erzählen, dass wir in Österreich den Islam seit 1912 als anerkannte Religionsgemeinschaft haben, und diese Dinge kennen Sie. Aber auf eines möchte ich hinweisen, bis zum Jahre 1990 hatten wir in Graz in der Bevölkerung etwa 2000 vor allem türkische von uns auch eingeladene Gastarbeiter und arabische Zeitungsverkäufer, die rund 800 Perser, die nach dem Sturz des Schah nach Graz gekommen sind, sind im Übrigen fast alle Bahai. Durch den Krieg in Jugoslawien, und der war scheußlich genug zwischen 1992 und 1995, hat die Stadt Graz, und darauf sollten wir alle bis zum heutigen Tag stolz sein, den Menschen, die verfolgt und vom Tode bedroht waren, Unterkunft und Quartier gegeben. 15.000 Flüchtlinge waren es, der Großteil mit muslimischer Glaubengemeinschaft und 12.000 von ihnen sind geblieben und wir schätzen im Moment, dass rund 18.000 Muslime in unserer Stadt leben, vielleicht auch da noch einmal, von den 263.000 Grazerinnen und Grazern sind 57 % Katholiken, die am stärksten wachsende Gruppe, inzwischen 28 %, sind ohne Bekenntnis, 6 % sind Muslime, 5 % sind Protestanten, 2 % sind Kopten- Orthodoxe und Altkatholiken und

ungefähr gleich viel Menschen gehören dann noch mit zwei Prozent zu den Buddhisten, Zeugen Jehovas, Alleviten und zu den Juden. Es gibt über 100 Religionsangebote bei uns, und wir haben zurzeit 17 von einander mehr oder weniger unabhängige islamische Gebetsräume. Und wir haben gestern mit dem Herrn Sicherheitsdirektor intensiv diskutiert und ihn gefragt, wie er denn zur Aussage kommt, die er getätigt hat in den Medien. Und er hat angesprochen, dass sich eine Gruppe von Bosniern abgespalten hat von jener Gruppe von Bosniern, die mit uns gemeinsam in der Stadtplanung auch in einem Wettbewerb, in dem im Übrigen die Stadt Graz auch in der Jury die Mehrheit darstellt, damit man nicht diese Debatten über Gebetstürme etc. haben, könnten wir viel diskutieren drüber, aber wir haben, wenn ich so sagen darf, gestern gehört, dass der Herr Sicherheitsdirektor in Sorge sei, weil sich eine Gruppe abgespalten hat von jenen, die das Projekt eingereicht haben. Und diese Gruppe macht ihm Sorgen und interessanterweise nicht jene Gruppe, die mit uns baut. Ja dann frage ich mich, wie kann er öffentlich den Vorwurf in der Form erheben, und das haben wir gestern auch ausdiskutiert und wir sind am Abend nach dreistündiger Diskussion auseinandergegangen und diese Gruppe, die die Moschee und das Kulturzentrum in weiterer Folge bauen möchte, wird sich jetzt künftig mit dem Sicherheitsdirektor noch stärker in Verbindung setzen oder überhaupt einmal beginnen, jetzt Gespräche aufzunehmen, um dann einmal klar den Nachweis zu bringen, dass sie das auch leben, was sie sagen, und zwar vom Anfang an. Sie lehnen den Islamismus ab, sie lehnen fundamentale Kräfte ab, sie lehnen Gewalt in der Form ab, wie er passiert und sie fürchten sich selbst, Sie werden es ja auch in den Tageszeitungen heute gelesen haben. Mir ist ganz, ganz wichtig, der Herr Sicherheitsdirektor hat eine ganz, ganz wichtige Aufgabe und ich schätze ihn, weil er ja wirklich auch für die Sicherheit in unserer Stadt und für das Land Steiermark zuständig ist, aber ich glaube, dass er in diesem Fall eine Äußerung von sich gegeben hat, gestern waren alle irgendwie überrascht, dass es noch nie zu einem Gespräch gekommen ist, das wäre für mich einmal das Mindeste gewesen, und deswegen werden wir weiter begleiten, weil das Wichtigste ist, und das ist und bleibt die wichtigste Aussage, bevor in Hinterhöfen, in Vereinen Dinge geschehen, wollen wir

eine transparente Glaubensausübung in unserer Stadt haben. Auch die bosnischen Muslime haben mitgeteilt, dass sie jetzt zukünftig auch beabsichtigen, auch ihre Veranstaltung, ihre Gebete, auch in Deutsch, auch ihre Predigten in Deutsch dann auch zu halten, weil ja immer mehr Jugendliche auch das Bosnisch gar nicht mehr können, weil sie durch die Schule und durch die Freunde schon wesentlich mehr Deutsch sprechen, als zu Hause bosnisch gesprochen wird. Aber selbst wenn noch bosnisch gepredigt wird und Fundamentalismus und Islamismus geht, deswegen werden wir, auch als Volkspartei, weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen. Und es sei mir auch noch die Anmerkung erlaubt, Herr Klubobmann, so wie Sie das formuliert haben, ich weiß nicht, wer die Hand für alle Menschen dieser Welt quasi oder für alle Mitglieder ins Feuer legen kann, ich würde mir, wenn ich da in der eigenen Fraktion wäre, könnte ich dann auch ein paar Fragen stellen in Ihre Richtung, können Sie ausschließen, dass es innerhalb Ihrer Fraktion oder Ihrer Gemeinschaft Menschen gibt und, und, und. Ich will das gar nicht ausführen, weil das würde Sie wahrscheinlich ziemlich reizen, aber es liegt irgendwie mir heute sehr nahe, Ihnen das zu sagen, diese Pauschalverurteilungen halte ich einfach für falsch und wir würden damit den Weg verlassen, den wir in Graz seit Jahrzehnten gehen und der, wenn ich so sagen darf, den Menschen in unserer Stadt auch so gut tut. Ich erinnere an den Karikaturenstreit, wie toll war es, dass der Religionsbeirat, den wir haben, sofort auf alle Mitglieder eingewirkt hat, dass die Wogen nicht hochgehen, dass wir das geordnet abführen, dass der Frau Konsulin Weitzer das damals ordnungsgemäß überreicht wurde die Protestnote und, und, und. Aus diesem Grund möchte ich eigentlich nicht von dem guten Weg abgehen und ich darf auch die freiheitliche Fraktion bitten, den Dialog zu jenen Menschen zu suchen, sie sind offen, sie machen die Türen auf, wir sollten halt vielleicht auch einmal hingehen und mit ihnen ins Gespräch kommen, wir werden trotzdem wachsam bleiben, ich nehme die Worte des Herrn Sicherheitsdirektors ernst. In der gestrigen Diskussion hat es mich aber, wie gesagt, verwundert, nachdem er noch nicht einmal dort war, und da er auch weiß, dass vielleicht jene Kräfte, die gefährlicher sind, sich abgespalten haben, dann die andere Gruppe zu verurteilen, das verstehe ich quasi nicht, das habe ich

auch so geäußert, auch ihm gegenüber und er wird mich weiter am Laufenden halten und uns informieren. Für den Fall, dass das, was er befürchtet hat, wirklich eintreffen sollte, können Sie mir glauben, werden wir alle Maßnahmen ergreifen, um Islamismus und Terrorismus in unserer Stadt nicht wachsen zu lassen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Herr Bürgermeister! Da hat sich eine bosnische Gruppe abgespalten und Sie sagen, hundert Gebetshäuser in Graz, das ist alles kein Problem...

Zwischenruf Mag. Nagl unverständlich.

GR. **Grosz**: Nein, Sie haben gesagt, 100 Gebetsräume, wie viele Gebetsräume?

Zwischenruf: 17.

GR. **Grosz**: 17, macht nichts, auch kein Problem, eine Gruppe spaltet sich ab, 17 Gebetsräume, 100 Religionsgemeinschaften in Graz, und das mit den bosnischen Muslimen ist kein Problem, wie es allgemein mit den Muslimen kein Problem ist, und Sie erinnern an den Karikaturenstreit, wo man sich im Westen erlaubt hat, etwas zu karikieren, was, Jesus Christus als Haschisch rauchender Schwulen mit seinen Aposteln dargestellt, bei uns ja in dem Rahmen der Meinungsfreiheit fällt. In der Obersteiermark wird Priestern verboten, Betretungsverbot ausgesprochen, wenn auf dem Schild Muslime steht, aber nur das nur zu dem Thema, wie lau die Brüder

geworden sind im verteidigen auch ihres eigenen Glaubens. Zum Thema Muslime, zum Thema Islamismus. In der Silvesternacht dieses Jahres werden 27 koptische Christen in Ägypten umgebracht, im Sudan, Nigeria, Ägypten, Saudi Arabien steht es an der Tagesordnung, dass auf christliche Minderheiten geschossen wird, sie werden bis zu den Extremitäten verbrannt, sie flüchten sich aus dem Feuer, müssen gerettet werden, versterben. Ganze Kinder werden ausgerottet, weil sie dem Christentum einer Minderheit angehören im Nahen Osten. Ich bin sehr dankbar und sehr froh, dass wir in einem zivilisierten Land des 21. Jahrhunderts aufbauend auf der Zivilisation des Christentums leben, dass es in Österreich und in Europa nicht möglich ist und vor allem in Österreich nicht möglich ist, Religionskonflikte, auch wenn sie extremistisch ausarten, auf so eine Art und Weise, inhumane Art und Weise des Mittelalters auszutragen, das hat exklusiv der Islamismus für sich gepachtet, und zwar der extremistische. Und unsere Sorge ist es, dass Strömungen in diesem Land sich breit machen, die eine extremistische Glaubenausprägung über unsere Verfassung, über die Staatsorgane und die Demokratie stellen, und das ist auch die Sorge eines verantwortlichen der Polizei und das sollte auch die Sorge eines Bürgermeisters sein, wenn er von Friede, Freude, Eierkuchen in seiner Stadt spricht, dass er Gefahren erkennt und auch Gefahren abwendet und nicht irgendwelchen Großmuftis in Graz nach dem Wort redet, so wie er auch dem Bischof nach dem Wort reden soll. Sondern, dass er für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, aber vor allem für unsere Werte, eintreten soll, die Werte eines friedlichen Miteinanders, wo wir kriminelle, extremistische und terroristische Elemente in unserer Gesellschaft nicht dulden. Und Faktum ist, dass es in großen Teilen, und da hat es eine wunderbare Sendung gegeben, es ist ein schwieriges Thema, Sie haben selbst acht Minuten gesprochen, ich habe keine Redezeit mehr, ich bitte um etwas Geduld, aber sehr interessant war vor drei Tagen, Mitternacht auf ORF 1 ein Mitglied des Zentralrates der Ex-Muslime, selbst ein Muslim, der konvertiert ist in Österreich, weil er dort den staunenden Zuschauern erklärt hat, wie Islamismus in Österreich verbreitet ist. Nicht das was wir kennen, was wir auch vielleicht im familiären oder privaten Umfeld als Muslime kennen, nein, der extremistische Islamismus, der ein Ziel hat, nämlich,

anderen Glaubensrichtungen, anderen Gesellschaftsrichtungen die extremistische Ausprägung des Islam aufzuoktroyieren. Da können wir nicht mit, na logisch, und es können auch die Hüter der öffentlichen Sicherheit von der Innenministerin abwärts, die warnt, Ihre eigene Parteikollegin, nicht mit, wenn es darum geht, dass wir in Österreich uns in einer Situation befinden, wo Exekutivbeamte sich beklagen, sie können da nicht mehr hineinschauen, aber sie befürchten Übels. Es ist ja schlimm genug, dass wir Exekutivorgane haben, die sagen, sie müssen dort hineinschauen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung bei einer Religionsgemeinschaft tätig werden muss, das Christentum hat die Kreuzzüge hinter sich, das wissen wir, im grauen Mittelalter, es ist aber Vergangenheit und Geschichte, Gott sei Dank. Das Mea Culpa ist das letzte Mal im Jahr 2000 gesprochen worden vom seligen Papst Johannes Paul, aber dass wir im Jahr 2011 den Schrecken und das Grauen über eine andere Religionsgemeinschaft über die Hintertüre hereinbekommen über die extremistische Ausprägung, das ist nicht zu dulden und schon gar nicht in der Stadt der Menschenrechte, in der Zivilisation des 21. Jahrhunderts. Auch keine Unterdrückung der Frauen. Wir bekennen uns zur Gleichstellung und zum Respekt von Frau und Mann und nicht zu dem, was uns extremistische Islamisten sagen, dass die Frau ein besserer Knecht ist. Das Mittelalter haben wir, Gott sei Dank, hinter uns und wir sollten daher alles daran setzen, dass wir diese guten Werte auch schützen, beschützen und das bedeutet aber auch, dass wir alles daran setzen, dass dort, wo etwas schief zu gehen droht, alles daran setzen, dass diese Objekte aus unserer Gesellschaft dorthin verfrachtet werden, wo sie sich in Zukunft ausleben können und das bedingt aber auch, dass wir Gefahren sehen, wenn es uns die Sicherheit sagt, im Rahmen dieser bosnischen Gruppe, der Salafisten und wie sie alle heißen, quer durch Österreich, die sehr aggressiv um Mitglieder werben, wo Österreicher plötzlich bei Terrorcamps sind, wir einen Prozess gehabt haben vor drei Jahren in dieser Richtung, dann rufe ich den lauen Brüdern doch durchaus zu, wenn sie schon das Christentum nicht mehr verteidigen wollen, dann zumindest unsere Demokratie, denen, die in der Prozession vorne mitgehen, um Wähler zu erhaschen, aber dann, wenn es darum wirklich geht, Werte zu verteidigen, einknicken

und mit beruhigenden Tönen meinen, etwas zu verbessern. Wir sind daher für die Ausübung der freien Religion in Österreich, selbstverständlich auch in Graz, auch für die geeignete Orte dieser Ausübung, aber nicht für Machtsymbole, weder der katholischen Kirche noch des Islam, und ich dulde auch nicht, dass uns die Scientologen, der Opus Dei oder wer auch immer unterwandert und Politik und Demokratie beherrscht. Das stelle ich auch fest, auch als Christ als römisch-katholischer und schon gar nicht die Politik und die Demokratie, und daher sollten wir alles daran setzen, extremistische Untriebe zu verbieten, vor allem dann, wenn sie mit Machtsymbolen im Zusammenhang sind, wie beim expansiven Islamismus mit Moscheen, und wenn die Dringlichkeit des Antrages durchgeht, werde ich mir erlauben, einen diesbezüglichen Abänderungsantrag zur FPÖ zu stellen, denn der Antrag ist wirklich ein wenig ein Humbug, ich werde das morgen als parlamentarische Anfrage einfach einbringen, ich hab ein paar Nationalratsabgeordnete, hab in zwei Monaten die Antwort, da brauchen wir nicht als Gemeinderat die Innenministerin auffordern, das ist eine klassische parlamentarische Anfrage, wird morgen eingebracht, nach zwei Monaten hab ihr die Antwort; der Herr Kunasek hat im Übrigen schon vier solche Anfragen eingebracht, ich weiß nicht, warum man es dann im Wege der Stadt Graz wieder machen. Ich glaube, das ist sinnvoller, also werde es noch einmal machen und ich glaube, das ist sehr viel sinnvoller als das, was der Bürgermeister macht, zu negieren oder das, was die Freiheitlichen machen, zu hetzen (*Applaus BZÖ*).

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon so oft über diese Sache diskutiert, zum Teil sehr ernsthaft, und ich bin dem Herrn Bürgermeister auch sehr dankbar für die sehr, sehr klaren Worte, die er heute wieder gefunden hat. Es ist schon eigenartig, wie die, also die FPÖ macht sich Sorgen, auch das BZÖ macht sich Sorgen, macht sich Sorgen um etwas, wo ein Sicherheitsdirektor in meinen Augen äußerst schlampig an die Öffentlichkeit

gegangen ist. Denn der macht sich auch Sorgen, sagt er, das will ich ihm gar nicht nehmen und das ist auch gut so, wir brauchen eine Sicherheitsdirektion, das ist überhaupt keine Frage, aber wenn er sagt zum Beispiel sinngemäß in dem Zeitungsartikel, also die Gruppe bewegt sich im zweistelligen Bereich, ja zehn ist zweistellig, das sind Vermutungen, die der Herr Sicherheitsdirektor Klamminger hinausgegeben hat, ohne irgendwelche wirklich ernsthaften Beweise oder ohne ein Zahlenmaterial, und die FPÖ, und das ist etwas, was ja sowieso, das müssten wir ja alle schon wissen, die FPÖ geht dann her und malt den Teufel an die Wand und sagt, um Gottes Willen, also wir sind alle bedroht und das BZÖ, der Herr Kollege Grosz sagt überhaupt die lauen Brüder, also Sie hören sich selber überhaupt nicht zu, was das heißt. Also für mich ist das so schrecklich, wie Sie dann immer versuchen, andere niederzumachen mit solchen Ausdrücken und Sie gerieren sich als einziger Kreuzritter zur Verteidigung des Christentums. Ich möchte Ihnen nur Folgendes sagen, und da bitte ich jetzt, auch nicht so genau auf die Zeit zu achten, ich möchte das jetzt auch überziehen. Ich habe mir gedacht, wie geht man mit so einem Antrag um, nachdem wir so oft schon sehr ernsthaft versucht haben, mit Argumenten vielleicht ein kleines Samenkorn zu säen bei Ihnen, was bis jetzt überhaupt nicht gelungen ist und so habe ich mir erlaubt, irgendwie in Art einer Spiegelung auf Ihren Antrag einzugehen, möchte aber vorher noch sagen, also die Geschichte auch mit der Dschihad-Fahne. Ich meine, da gab es zum Beispiel auf der anderen Seite einen Herrn Pühringer aus Linz, Abgeordneter, der auf seinem Baucherl tätowiert gehabt hat Ehre, Treue, Vaterland, da gab es zum Beispiel einen Abgeordneten in Ebenthal, Kärnten, der hat auf seinem Unterarm Blut und Ehre tätowiert gehabt. Also ist nicht so schlimm, sagt er, ja ist das so schlimm? Also er hat ein Problem mit der Abgrenzung gegen Rechts, daher jetzt ein bisschen so meine Spiegelung über das, was Sie geschrieben haben. Nämlich, ich habe mir gedacht, soll ich einen Antrag überhaupt machen, habe ich aber lassen und stelle folgende Fragen:

Erstens: Kann ausgeschlossen werden, Herr Bürgermeister, dass zwischen in Graz lebenden FPÖ-Mitgliedern oder politischen Funktionären, gleichgültig ob diese in Vereinen organisiert sind oder nicht, und rechtsradikalen Burschenschaften oder

Zellen in Deutschland oder anderswo Verbindungen bestehen? Zweitens: Kann ausgeschlossen werden, dass sich unter den Mitgliedern der FPÖ in Graz Strömungen befinden, deren ideologische Ausrichtung als rechtsradikal bezeichnet werden muss und die sich somit im Widerspruch zu unserer demokratischen Rechtsordnung befinden? Drittens: Kann ausgeschlossen werden, dass sich durch das Treiben durch Lokale oder Vereinslokale durch FPÖ oder Burschenschaften ein Rekrutierungsnetzwerk für terroristische Zwecke geschaffen wurde?

Zwischenruf GR. Grosz: Mariacher war der letzte Terrorist bei der FPÖ.

GRin. **Binder:** Viertens: Ist ein terroristisches Gefahrenpotential, können Sie sich ein bisschen beruhigen da hinten, Herr Grosz, ist ein terroristisches Gefahrenpotential, wie es der Innenminister von Bayern 2001 bezüglich Unterwanderung der Universitäten durch Rechtsextremisten über Burschenschaften, die dadurch zunehmend Einfluss nehmen auf die Universität, für Graz auszuschließen? Fünftens: Ist auszuschließen, dass einzelne FPÖ-Mitglieder oder politische Funktionsträger in Graz Kontakte wegen Verhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren rechtskräftig verurteilt werden? Und daher bitte ich zum Beispiel, dass der Gemeinderat beschließen möge, dass der Herr Bürgermeister Nagl bis zum Vorliegen der entsprechenden Antworten auf diese Fragen und Informationen von Seiten der Stadt Graz sämtliche finanziellen Unterstützungstätigkeiten für das BZÖ einfriert...

Zwischenruf GR. Grosz: Alkoholverbot wäre besser.

GRin. **Binder**: BZÖ auch, die sind sich ja sehr (*Applaus Grüne*), sehr ähnlich in ihren Aussagen. Nachdem es aber eh kein Antrag ist und Elemente wie Sie sagen, diese Objekte, Sie sagen, diese Objekte sollten dorthin verfrachtet werden, wo sie herkommen. Ich wüsste nicht, wo ihr hin verfrachtet werden solltet, sollten die Antworten wider Erwarten positiv ausgehen, also insofern dass Gefahr wirklich besteht durch ihre von BZÖ und FPÖ nicht abgrenzende Politik von rechtsradikalen und rechtsextremistischen Menschen und Burschenschaften (*Applaus Grüne*).

GRin. Dr. **Richter-Kanik**: Ich würde sehr überrascht, wenn die FPÖ heute diesen dringlichen Antrag nicht gebracht hätte. Sie nehmen von Zeitungstiteln, dann bringen sie solche Anträge. Sie sind gegen alle Religionen außer Christentum und Sie sind gegen alle Ausländer, aber wenn man, nach Kärnten schaut ist man, ist noch nicht beurteilt, aber dort redet man hätte man gegen Geld österreichische Staatsbürgerschaften für Ausländer geschaffen, das muss man auch offen reden. Eine Seite ist man gegen, andere Seite tut man...paradox ist das. Es ist so, dieser Verein hat letztes Jahr Tag der offenen Tür gehabt, niemand von FPÖ war dort, wenn Sie für dieses Thema Interesse gehabt hätten, dann wäre jemand von der FPÖ dort gewesen. Sie haben kein Interesse, und dann zeigen Sie gegen Leistung, das verstehe ich wirklich nicht. Sie schmieren alles schwarz, was Ihnen nicht passt, aber Sie informieren sich auch nicht richtig. Zum Beispiel, Herr Bürgermeister hat gesagt, er hat Tee getrunken, Tee trinkt man in türkische Moscheen, in bosnische Moscheen, solche Gästeeinladungen trinkt man mehr Kaffee als Tee. Mich wundert, dieser Verein, dass man redet, sie sind offen und sie legen alles offen, dass man Information bekommen kann. Haben Sie einmal Kontakt mit dieser Organisation gehabt, dass Sie sich informiert haben überhaupt nicht, dann nehmen Sie eine Zeitung als Schnitt und dann gehen Sie zu den Leuten, die die Leute provozieren wollen. Sie haben versucht,

mich auch zu provozieren mit diesem Thema. Sie sollen wirklich in dieser Stadt für den Frieden arbeiten und Sie gefährden die Sicherheit von diesen Menschen. Ich bin auch dafür oder meine Fraktion ist auch dafür, dass wir Sicherheit in dieser Gesellschaft schaffen und wir sind auch alle gegen Terrorismus und Islamismus, aber wenn Sie mit solchen Anträgen herumgehen und Sie gefährden wirklich alle MuslimInnen, Sie sagen, Sie wollen nicht pauschalisieren, aber mit solchen Anträgen Sie pauschalisieren die alle MuslimInnen und alle Bosniaken. In der Zukunft man muss vorsichtig sein, wenn man über eine ethnische Gruppe redet, da muss man genau wissen, worüber man redet hier. Und wir sind gegen die Dringlichkeit, Inhalt und Dringlichkeit (*Applaus SPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte gleich einmal vorwegschicken, dass ich wahrscheinlich jetzt auch über die anberaumte Redezeit brauchen werde, damit ich auf diese Dinge auch alle eingehen kann. Ich möchte bei Ihnen beginnen, Herr Bürgermeister, weil Sie davon gesprochen haben, Unterstützung und wie weit die Unterstützung geht und dass die Stadt Graz das überhaupt nicht unterstützt. Ich sage Ihnen, es ist auch eine Unterstützung wider besseres Wissen, so etwas möglich zu machen, weil Sie hätten die Möglichkeit, solange das nicht restlos geklärt ist, wie wir es auch in unserem Antrag fordern, das zumindest auf die lange Bank zu schieben (*Applaus FPÖ*). Und damit diese Unklarheiten auch ein für alle Mal beseitigt sind, und da beantworte ich auch gleich den Vorwurf der Kollegin der SPÖ, Pauschalverurteilung gibt es bei uns überhaupt keine, sondern uns geht es darum, diejenigen, die nicht bereit sind, sich unseren Werten und unserer Gesellschaft und unseren Gesetzen auch anzupassen, dass wir die auch dingfest machen, aufspüren und wenn sie einmal in den Moscheen zugegen sein sollten, die auch dementsprechend zu behandeln und nicht hier irgendwelche Räume zur Verfügung zu stellen, wo dann jenseits von jeglicher Rechtsstaatlichkeit eben Dinge stattfinden. Um das geht es uns. Und was Ihren Anwürfen auch entgegen

spricht, ist die Tatsache, dass die FPÖ auch bei den Wählern mit Migrationshintergrund, nennen wir es einmal so, auch überdurchschnittlich gut abschneidet, die Serben wählen uns, es gibt viele Kroaten, die uns wählen, es gibt auch Bosnier, es gibt koptische Christen, die uns wählen, also von dem her zu behaupten, wir wären gegen alle Ausländer und Religionen, das ist damit schon von der Hand zu weisen. Und trotz Stöhnen der Frau Binder, ja, Sie haben so wie immer auch hier ins Mikrofon hineingestöhnt, also dem Herrn Sicherheitsdirektor vorzuwerfen, er würde hier unsachlich agieren und hätte nicht genug recherchiert, also eines kann ich Ihnen auf diesem Weg auch sagen: Ich bin mir sicher, dass ein Sicherheitsdirektor nicht in die Öffentlichkeit geht, ohne auch tatsächlich hier einen Anlass zu haben und Informationen zu haben, die auch der Wahrheit entsprechen. Und, Frau Binder, weil Sie sich auch hier geriert haben über Burschenschaften usw. in einer ziemlich meiner Ansicht nach unzulässigen Art. Ich kann Sie im Übrigen beruhigen, also alle diese Anfragen, die Sie da hier im Scherz gestellt haben, das kann alles ausgeschlossen werden, ganz im Gegenteil, Burschenschaften haben sich für Freiheit und Demokratie eingesetzt, da waren die Grünen noch nicht einmal existent (*Applaus FPÖ*). Noch etwas, und das sollen die Bürger in dieser Stadt auch wissen, die Grünen machen sich über dieses Thema lustig, das ist halt auch das, was wir aus diesem heutigen Gemeinderat mitnehmen. Wir nehmen diese Problematik und ich nehme es als Problematik ernst, wir wollen hier sachlich diskutieren, Sie haben dazu beigetragen, diese Diskussion ins Lächerliche zu führen. Sie fallen hier in Wirklichkeit 60 % der Grazer Bevölkerung beziehungsweise in den Rücken genau, danke, und das ist etwas, wo es darum geht, das der Bevölkerung dann in weiterer Folge auch mitzuteilen. Ich frage mich, wie blind, unverantwortlich und vernagelt muss man sein, um der Bevölkerung wider besseres Wissen (*Applaus FPÖ*) das Mögliche, und wir reden hier von möglichen Gefahrenpotential in Form einer bosnischen Megamoschee mit Minarette, zuzumuten. Es grenzt an Ignoranz, dieses Projekt ohne Rücksicht auf Bedenken eines Großteils der Grazer Bevölkerung durchzupfeitschen. Und ich frage Sie, wo würden Sie hingehen als Terrorist? Ich würde dorthin gehen, wo Gutmenschen leben und wo bei Glaubensgemeinschaften weggeschaut wird. Wo

politische Verantwortungsträger als Schutzschild für kriminelle Handlungen agieren, und das betrifft im Übrigen nicht nur den Islam, das möchte ich hier auch zugute halten, da können Sie ja Ihre politische Ziehmutter, die Frau Klasnic, fragen. Und ich kann Ihnen an dieser Stelle auch garantieren, dass in einer transparenten, oder wie auch immer, offenen Moschee nichts anderes gepredigt werden wird, als das bisher auch gepredigt worden ist. Der Herr Bürgermeister hat uns mitgeteilt über die Medien, dass es eine Sorge von ihm ist, dass sich der Islam eventuell bei einigen Vereinen und in Hinterhöfen einzunisten versucht. Meine Damen und Herren! Nicht in Hinterhöfen, sondern mittlerweile sogar direkt am Hauptbahnhofvorplatz können Pierre Vogel und Konsorten neue Mitglieder, beispielsweise für die radikalen Salafisten, mitten in unserem schönen Graz werben. Und wer glaubt, mit einer offenen Großmoschee das Islamismusproblem in Graz oder sonst irgendwo lösen zu können, der macht sich, gelinde gesagt, lächerlich. Wir brauchen hier nur nach Wien schauen, wie wir auch kurz vorher in meinem Motivenbericht angeschnitten haben, dort ist es konkret, Gott sei Dank, über einen Zufallsfund vor drei Wochen zu einem Schlag gegen eine Terrorzelle gekommen, die eben, wie gesagt, eine europäisches Nine Eleven geplant hat, als Rekrutierungsbüro diente dem 25-jährigen Hauptverdächtigen eine Moschee in Wien-Favoriten, das sogenannte Baitul-Mudjahedin-Gebetshaus, das bisher nicht durch radikale Aktivitäten aufgefallen ist, wo alles eitel Wonne war, wo uns auch die verantwortlichen Politiker vorgehalten haben, wie friedlich dort alles auch abläuft. Und wenn jemand sagt, er schließt radikale Elemente aus, verleugnet er schlicht und einfach die Realität. Dass sich die Moslems hier keiner Schuld bewusst sind und sich in letzter Konsequenz auch nicht als kriminell sehen, ist klar, handeln sie doch aus ihrer Sicht mit einem göttlichen Auftrag. Dass aber auch der Herr Bürgermeister und die Herrschaften von Rot, Grün, Schwarz und KPÖ diese Gefahrenpotentiale und Spannungen nicht sehen wollen, ist bei intelligenten Menschen, wie bei Ihnen, äußerst verantwortungslos. Und Sie, Herr Bürgermeister, Sie wollen die reale Gefahr anscheinend einfach nicht zur Kenntnis nehmen, Sie orten lieber das Bedrohungspotential innerhalb Ihrer eigenen Partei, ob das jetzt ein Zugang ist, den die Menschen von Ihnen erwarten, sei dahingestellt.

Und, ja, Herr Bürgermeister, die Mehrheit der Bevölkerung, die Mehrheit der Grazer Bürger hat Zweifel und hat sogar in Teilen Angst und will keine Moschee in dieser Stadt, und genau in diesem Zusammenhang möchte ich abschließen mit einem Vierzeiler von Erich Fried, der hier gesagt hat, Zweifel nicht an dem, der dir sagt, er hat Angst, aber habe Angst vor dem, der da sagt, er kennt keinen Zweifel. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Höhere Fahrfrequenz der öffentlichen Verkehrsmittel am Sonntag

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr verehrte Damen und Herren! Zunächst ein Danke an den Herrn Bürgermeister, der mit uns eine Lösung gefunden hat, dass wir diesen Antrag nun doch noch einbringen konnten. Immer mehr Menschen in Graz steigen auf den öffentlichen Verkehr um. Dies ist seitens der Stadtpolitik durchaus erwünscht, um die Straßen zu entlasten und gleichzeitig dem Umweltschutz beziehungsweise dem Schutz der Menschen vor Feinstaub Rechnung zu tragen. Dies gelingt leider nur bedingt, da die öffentlichen Verkehrsmittel just an jenen Tagen eingeschränkt fahren, an denen die Bevölkerung unserer Stadt auf den Beinen ist, um Familie, Freunde und Bekannte zu besuchen, nämlich an den Sonntagen. In einer Stadt, wo laufend die Öffnungszeiten von Geschäften und Lokalen ausgeweitet werden und ein Dschungel

an Ausnahmeregelungen herrscht, sollte es doch möglich sein, auch den öffentlichen Verkehr als Service für die Bürger in höherem Maße als bisher anzubieten – auch unter dem Gesichtspunkt, dass sich Graz über eine wachsende Zahl an EinwohnerInnen freuen darf. Von 31 Linien der Graz Linien, sind 14 an Sonntagen eingestellt. Möchte man trotzdem von A nach B, sind die Fahrtzeiten durch das oftmalige Umsteigen zu anderen Linien beziehungsweise Verkehrsmitteln (von Bus auf Straßenbahn) um ein Vielfaches länger als gewöhnlich. Wenn ich jetzt beispielsweise mit der Linie 50 (Bus) vom Zentralfriedhof zum Hauptbahnhof fahre, benötigt man 13 Minuten und passiert 10 Stationen. An einem Sonntag muss man derzeit auf zwei Straßenbahnlinien umsteigen, was mit einer Fahrtzeit von 36 Minuten zu Buche schlägt. Es geht hier nicht darum, dass Bequemlichkeit oder allzu lasches Zeitmanagement der Bevölkerung gefördert werden sollen, sondern darum, dass sich die erhöhten Ticketpreise auch im Service der Grazer Linien widerspiegeln und die Bürger umgehend eine Verbesserung zu spüren bekommen. Die Ticketpreise einerseits ständig zu erhöhen, auf der anderen Seite jedoch keine Optimierung des Service zu forcieren, wäre auch für einen Betrieb in der Privatwirtschaft vollkommener Nonsens.

Deswegen stelle ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Beteiligungsreferent der Stadt Graz Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi wird ersucht, mit der Holding Graz/Linien in Kontakt zu treten, um zu prüfen, ob eine höhere Fahrfrequenz der öffentlichen Verkehrsmittel an Sonntagen mach- und finanzierbar wäre und dem Gemeinderat darüber zu berichten. Des Weiteren wird das für Verkehrsplanung zuständige Stadtsenatsmitglied, Bürgermeisterstellvertreterin Lisa

Rücker, aufgefordert zu evaluieren, bei welchen Linien der Bedarf einer Umstrukturierung des Fahrplanes gegeben ist. Ich bitte um Annahme.

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seitens der SPÖ-Fraktion werden wir diesen dringlichen Antrag des BZÖ, des Kollegen Schröck unterstützen, sowohl was die Dringlichkeit betrifft als auch den Inhalt. Ich gebe diesbezüglich auch den Hinweis, und ich glaube, das ist an und für sich zwar gar nicht notwendig, weil bekannt ist, dass natürlich unsere Fraktion sich vehement für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, für Intervallverbesserungen ausspricht und sich dafür einsetzt, ich denke nur an heute zurück, dass es ja auch eine Initiative der ÖVP gegeben hat in Richtung Job-Ticket, und ich unterstütze den Kollegen Schröck insofern, dass es Sinn macht, und es geht ja heute und hier bei diesem dringlichen Antrag lediglich darum, dass es hier Mängel zu geben scheint und das soll jetzt einmal geprüft werden, inwieweit hier tatsächlich ein Bedarf an zusätzlichen Linienintervallen an einer besseren Ausstattung dieser Buslinie beziehungsweise Straßenbahnlinien auch am Sonntag gegeben ist. Man kann nicht auf der einen Seite immer wieder in Sonntagsreden darauf hinweisen, wie wichtig der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel ist und wie sinnvoll und in Bezug auf Verkehrsaufkommen, in Bezug auf Feinstaubreduzierung, sondern ich muss auch ein attraktives Angebot für die Grazerinnen und Grazer und für die Touristinnen und Touristen schaffen. Und die Sorge ist nur, die ich habe, und die Stimmen sind schon hier durchgekommen, dass gewisse Fraktionen hier in diesem Haus nicht allzu viel Interesse an diesem dringlichen Antrag haben, weil es angeblich schon Arbeitsgruppen gibt, die daran arbeiten. Aber ich habe das Gefühl, und seid mir nicht böse, soferne und sobald von einer Oppositionspartei ein Antrag in Richtung öffentlicher Verkehr kommt, wird sofort gesagt, nein, das brauchen wir, daran arbeiten wir, und ich denke nur an meine eigene Erfahrung in diesem Zusammenhang zurück, nicht nur, dass wir kritisiert haben, es kann ja nicht nur zu Preiserhöhungen

und Tarifierungen kommen, sondern man muss ja auch etwas tun und ich denke nur an unsere Initiativen, ob das ein Gratisangebot an öffentlichen Verkehrsmitteln am Samstag war zur Stärkung der Grazer Wirtschaft und, und, und, ob das ein Shuttlebus zum Hauptbahnhof ist, um Passantinnen und Passanten mit Gepäck den Weg zwischen momentan der Ersatzhaltestelle Annenstraße und dem Hauptbahnhof zu ermöglichen, ob das eine zusätzliche Haltestelle in der Moserhofgasse wird (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), alle diese Anträge, alle diese Verbesserungsmöglichkeiten sind leider in letzter Zeit von Grün/Schwarz hier abgelehnt worden und man gewinnt wirklich den Eindruck, Verkehrspolitik ist nur dann erlaubt und möglich, wenn es von dieser Regierungspartei kommt. In diesem Sinne wird es mich freuen, wenn dieser Antrag, der dringlich scheint und der auch inhaltlich begründbar und nachvollziehbar ist, auch die Mehrheit hat. Wie gesagt, die Mehrheit, das heißt, die SPÖ wird diesem Antrag, wie bereits einleitend gesagt, sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt die Zustimmung geben (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen, lieber Kollege Schröck! Eingangs kann man sagen, der Kollege Eichberger hätte hier einen Applaus verdient, er hat das richtig angesprochen, auch wir Freiheitliche sehen das ähnlich. Ich kann das auch kurz deshalb machen. Also wir wollen auch nicht generell die Frequenz erhöht wissen, deshalb hat auch der Kollege Schröck den Antrag etwas erweitert, damit hat er uns natürlich im Boot, es ist nicht überall wirtschaftlich sinnvoll natürlich, am Sonntag mit großen Bussen im Zehn-Minuten-Takt zu fahren, hier sieht man immer wieder den Fahrer alleine oder mit einem Fahrgast, aber generell gibt es zu wenige Linien am Wochenende, und hier erhöhen sich dann schon die Wege wesentlich. Ich nenne hier beispielsweise die Linie 62, die fährt ab Samstag Nachmittag nicht mehr, am Sonntag gar nicht, und das wäre eine wichtige Linie, gerade um das Bad Eggenberg zu bedienen. Also hier durchaus eine Anregung an die Grazer Linien, auch hier am Wochenende ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu

stellen. Im Großen und Ganzen unterstützen wir den Antrag und wir werden zustimmen (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Sehr geehrte Herren Antragsteller und Vorredner! Ich finde es wunderschön, den großen Einsatz für den öffentlichen Verkehr, der uns da jetzt ganz großartig verbindet, das ist löblich und da finden wir uns in einem Boot. Nur kann ich es nicht so ganz stehen lassen, als würde in dieser Stadt im öffentlichen Verkehr nichts geschehen. Gerade in den letzten Jahren haben wir ja doch genau hier herinnen nämlich auch gar nicht wenig Geldmittel beschlossen, um zusätzliche Ausweitungsmaßnahmen im öffentlichen Verkehr zu dem, was schon im Bereich der Linien Graz der Holding stattfindet, zusätzlich zu finanzieren. Ich möchte euch nur ganz kurz auflisten, dass es im Zuge dieser Maßnahmen, die auch Verstärkungen des Abendverkehrs zum Beispiel und Ausweitungen hin ins Wochenende beinhaltet haben an Strecken, wo starker Bedarf war, sehr wohl auch zu Verschiebungen innerhalb des Fahrplanes gekommen ist, und genau wie Sie ja auch gesagt haben, teilweise Linien mit dem Takt etwas ausgeweitet wurden, vor allem am Sonntag Vormittag, wo wir sehr wenig Bedarf haben, damit wir damit kompensieren, was wir in anderen Bereichen ausweiten. Ist natürlich eine Maßnahme, die stattfindet und die Dringlichkeit kann ich deswegen nicht zuerkennen, weil einerseits dieses laufend passiert, und das Zweite ist, weil es auch einen Masterplan ÖV gibt, wo das Gesamte, bis hin zu den baulichen Maßnahmen für die nächsten 20 Jahre, derzeit innerhalb der Linien und Verkehrsplanung aufgesetzt wird. Was ich aber gerne anbieten kann ist, dass wir das im zuständigen Ausschuss vorstellen diesen Masterplan, weil der ist in Arbeit, da geht es genau darum, welche Linien haben momentan welche Auslastung, da gibt es welche, die wirklich an der Grenze sind, wo man noch viel tun muss. Aber wie gesagt, wir sind dabei. Nur ganz kurz, 2009 haben wir den Abendbetrieb aufgenommen, der vorher nicht existiert hat auf den Linien 33e, 60, 67e und 85. Zum Beispiel, Listhalle ist immer als Beispiel genannt worden, die jetzt angeschlossen ist

und die ganze Gegend, die dort bewohnt ist. Wir haben unzählige Busbeschleunigungsmaßnahmen vorgenommen, die zum Beispiel auch Busspuren beinhalten und sehr heftige Diskussionen mit einzelnen Fraktionen nach sich gezogen haben, wo es darum ging, ob Parken statt Busspur beziehungsweise Parken auf Busspuren zu bestimmten Zeiten nicht dann doch wieder möglich sein soll, das heißt, Busbeschleunigung sich zu wünschen und dann umzusetzen, sind zwei verschiedene Paar Schuhe anscheinend. Wir haben so viele Haltestellenausbauten und auch -umbauten und endlich Haltestellenhäuschen errichtet, wie lange zuvor nicht, weil wir da wirklich einen Schwerpunkt gesetzt haben, um zur Qualitätsaufwertung zu kommen. Im Jahr 2010 haben wir 75 U, 67 U, 72, das berühmte Südost-Konzept, wo wir über die Stadtgrenze hinaus sehr intensiv inzwischen für Pendler und Pendlerinnen und auch Betriebe, die dort unterwegs sind, Angebote anbieten. Wir haben im letzten Herbst den Busbetrieb auf einer sehr überstrapazierten Strecke, nämlich Bahnhof – Uni, 58, 58e, 63 und noch zusätzlichen Einschubverkehr eingebaut. Wir haben die Straßenbahnlinien 1er und 7er verdichtet. Wir haben 3er und 6er verlängert, wir haben 211 in Betrieb genommen, wir haben neue Straßenbahn- und Bushaltestellen errichtet, 35 etc, etc. Das heißt, es ist nicht so, dass nichts geschieht und wir versuchen bei den Mitteln, die wir haben, und den zusätzlichen Mitteln, die wir hineinstecken trotzdem zu einer einigermaßen machbaren Umgangsweise zu kommen. Ich würde natürlich liebend gerne zweimal soviel Geld in diesen Bereich stecken, wie gesagt, auch ich habe meine Grenzen und auch die Linien; hier einfach sozusagen aufs Geradewohl Geld auszugeben, das tun wir nicht, aber natürlich könnte es noch mehr sein und deswegen planen wir, konzertiert auch mit baulichen und städtebaulichen Maßnahmen über das Jahr 2010/2015/2020 bis ins Jahr 2025 hinaus, mit dem Masterplan, den ich gerne vorstellen werde in einem der nächsten Ausschüsse dazu (*Applaus Grüne*).

GR. **Mayr:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist das durchaus ein wichtiges Thema, deswegen sind wir auch froh, dass im Zuge der Erstellung des Masterplans der Graz Holding Linien dieses Thema auch intensiv beleuchtet wird. Welche Umschichtungen möglich sind, welche Schwerpunktsetzungen und dass natürlich auch in den Randzeiten die ÖV-Versorgung ein wichtiges Thema ist, gebe ich dem Antragsteller vollkommen Recht. Frau Vizebürgermeisterin hat auch über die Ausweitung im Abendverkehr gesprochen, das war für viele Randbezirke ein durchaus entscheidendes Thema. Wir sehen aber jetzt eben im Moment die Dringlichkeit nicht, weil sozusagen die Bearbeitung des Masterplans im Gange ist und die Frau Vizebürgermeisterin und auch, wie wir gerade gehört haben, versprochen hat, das im Ausschuss das demnächst auch ein Thema sein wird. Insofern im Prinzip unterstützen wir den Inhalt auch in der Arbeit im Ausschuss und bei der Erstellung des Masterplans, lehnen aber die Dringlichkeit heute ab (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Schröck:** Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich vorhin beim Bürgermeister bedankt, der es ja auch für sinnvoll gehalten hat, dass ich diesen Antrag heute noch stellen kann, deswegen auch mein volles Unverständnis, dass die ÖVP bei diesem Antrag nun nicht mitgeht...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: *Ist eh ein einfacher Antrag.*

GR. **Schröck:** ...wo es doch sonst auch immer die schwarze Maxime ist, dass der Bürgermeister sowieso immer Recht hat. Aber meine Damen und Herren von

Schwarz/Grün, auch wenn Sie Graz teilweise so regieren, Graz ist kein Kuhdorf, wir leben in einer ständig wachsenden Stadt, die vor allem in den Randgebieten wächst, und es hilft in diesem Zusammenhang auch nichts zu sagen, wir sehen hier die Dringlichkeit nicht, weil es ja ohnehin schon einen Masterplan gibt und der wird ja auch umgesetzt. Das bitte ist, wie der werte Kollege Eichberger schon gesagt hat, immer der Einserschmäh der schwarz/grünen Koalition, wenn es darum geht, hier sinnvolle Initiativen der Opposition umzusetzen, sei es auch nur, wenn es darum geht, stockende Prozesse hier anzukurbeln und zu forcieren. Und ich sage Ihnen, die Grazerinnen und Grazer haben nämlich genug von dieser Art von Beschwichtigungspolitik und Hinhaltenaktik, was vor allem die Grazer Linien betrifft. Weil wir hören immer nur, es wird bereinigt, wir arbeiten dran, das hören wir in diesem Zusammenhang zum Beispiel schon seit über einem Jahr beim leidigen Thema der Variobahn, wo zu Beginn rein gar nichts passiert ist, und bis heute haben Sie diesen Donnervogel nicht auf die Schiene gebracht, weil in manchen Streckengebieten der Stadt Graz sonst mittlere Erdbeben ausbrechen, und was die Grazerinnen und Grazer alleine merken, ist eine massive Tariferhöhung, ohne aber gleichzeitig das Service der Grazer Linien in irgendeiner Art und Weise einer Verbesserung zuzuführen. Ein Beispiel: Gerade jetzt im Sommer ist es eine Zumutung, an heißen Tagen wie heute mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, ich meine, ich glaube, bis auf den Kollegen Eichberger steigt keiner mehr freiwillig an heißen Tagen in die Öffis ein, der aber auch nur, weil sie ihm die Augartensauna zugedreht haben, und halt unter diesen Gesichtspunkten lehnen Sie heute als ehemalige Familienpartei, ÖVP, wieder einmal einen Antrag ab, der der Grazer Bevölkerung zusätzliches Service, Mobilität und Freiheit in ihrer Wochenendgestaltung gegeben hätte und dass die Grünen hier ganz offensichtlich vor der ÖVP auch wieder einknicken, ist bedauernswert, nichts Neues zwar, aber trotzdem traurig. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Verankerung von Anhalte- plus Festhalterecht als erweiterte Ermächtigung der Organe der Grazer Ordnungswache in steiermärkischen Landesgesetzen – insbesondere im Landessicherheitsgesetz (StLSG) und im Aufsichtsorgangesetz (St AOG)

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich zum Thema Sicherheit die Situation der Grazer Ordnungswache ansieht mit allein nur der personellen Ausstattung von rund 12 Mitarbeitern, so wird man, wenn man andere Städte vergleicht, zum Schluss kommen, dass hier nicht einmal mehr die erste Ausbaustufe einer Organisationseinheit wirklich gewährleistet ist. Das Instrument Ordnungswache, so ausgehöhlt wie es wurde, gilt daher als äußerst zaharm, Respekt aber vor dem Engagement, vor dem persönlichen Engagement und dem Einsatz der Mitarbeiter, die unter diesen Rahmenbedingungen wirklich das Beste machen und sich auch für die Stadt Graz als nützlich erweisen. Neben der personellen Unterbesetzung ist aber besonders für die Ordnungswache die rechtliche, gesetzliche Grundlage fehlend, nämlich ein entsprechendes Festhalterecht und Anhalterecht ausüben zu dürfen. Dies ist seit der Gründung der Ordnungswache sozusagen ein systememinenter Mangel. Bürgermeister Nagl hat selber in seiner Ansprache, in seiner Rede anlässlich der Gemeinderatssitzung am 25. März dazu Stellung genommen und gemeint, dass er diesbezüglich mit dem Land sprechen wolle, um hier eine entsprechende rechtliche Verbesserung herbeizuführen. Wenn man abseits die Situation auch in anderen

Bundesländern anschaut, so wird man feststellen, dass Wachorgane woanders gesetzlich unterfüttert dieses Anhalte- und Festhalterecht bereits zuerkannt haben, darauf hat auch der ÖVP-Abgeordnete, Landtagesabgeordnete Dr. Csar aus Oberösterreich in seiner Rede am 10. März dieses Jahres hingewiesen. Das heißt, das Thema ist virulent in ganz Österreich, nicht nur in der Steiermark, nicht nur in Graz, in anderen Bundesländern auch. Es ist die absolute Notwendigkeit, in Graz hier sicherheitsmäßig zu handeln, die Probleme wuchern in mehreren Sicherheitsbereichen und es ist auf jeden Fall, unsereins hat es gefordert, die Ordnungswache bei ihrem Einsatz für Graz entsprechend zu stärken. Wir brauchen diese kommunale Ergänzung der Ordnungswache zum Zwecke der Verbesserung der Ordnung und Sicherheit in Graz, ohne dabei auch nur im Leisesten das Bundesinnenministerium und deren Organe aus ihren verfassungsrechtlichen verankerten Pflichten zu entbinden, und auch aus ihrer Verantwortung zu entbinden, für die Sicherheit im Staate Österreich, im Land Steiermark und in der Stadt Graz.

Daher stelle ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge mittels Petition an das Land Steiermark herantreten, dass diese alsbaldig Anhalterecht plus Festhalterecht für unsere Grazer Ordnungswache in den steiermärkischen Landesgesetzen, die oben erwähnt sind, das Landessicherheitsgesetz und das Aufsichtsorgangesetz, beschließen möge, um damit pro Ordnung und Sicherheit für unsere Grazerinnen und Grazer einen essentiellen Beitrag beizustellen. Ich denke, wenn das gegeben ist, dann sind wir in der Sicherheitspolitik einen wesentlichen Schritt weiter in Graz. Bitte um Annahme. Danke.

GR. **Schneider** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Wer aufgrund bestimmter Tatsachen annehmen kann, dass eine Person eine strafbare Handlung ausführt, unmittelbar zuvor ausgeführt habe oder dass wegen der Begehung einer strafbaren Handlung nach ihr gefahndet werde, ist berechtigt, diese Person auf verhältnismäßige Weise anzuhalten, jedoch zur unverzüglichen Anzeige an das nächste erreichbare Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes verpflichtet.

Das ist Absatz des Paragraphen 80 der Strafprozessordnung. Herr Kollege, jeder Ordnungswächter, jede Ordnungswächterin, Sie, alle anderen Personen hier im Raum sind also berechtigt, unter gewissen Umständen eine Anhaltung vorzunehmen. Alles andere überlassen wir bitte der Polizei. Das ist jetzt schon der mehrfache Versuch, hier eigene Büttel der Stadt Graz zu etablieren, es hat sich nicht bewährt bisher, die Ordnungswache, der ist eine sehr gute Tätigkeit jetzt zugewiesen worden, nämlich was sehr, sehr wichtig ist, bei der Kontrolle und bei der Überwachung von Grünraum im weitesten Sinne der Stadt Graz tätig zu sein. Bitte überlassen wir alles andere, alles was darüber hinausgeht, der Polizei, das sind die Profis, die sind ja auch lang und mit viel Aufwand dafür ausgebildet worden. Herr Kollege, ich würde Sie wirklich bitten, hier auch in dem gemeinsamen einstimmigen Vorgehen dieser Stadt zu bleiben, nämlich beim Versuch, die Polizei in Graz personell auch wieder zu stärken, da gibt es einen Konsens in diesem Hause, da wollen wir bitte dranbleiben. Gemeinsam weiterkämpfen, der Kampf auch mit den Behörden, also mit dem Ministerium in Wien, ist da noch nicht ausgefochten, auch der Punkt, dass zum Beispiel städtisches Geld eingesetzt werden kann, um gewisse Tätigkeiten beziehungsweise gewisse Aktionen auch der Grazer Polizei zu finanzieren, das ist auch eine gute Idee, da kämpfen wir auch noch. Bleiben wir bei diesem Weg und versuchen nicht wieder den neuen, hier mit zusätzlichen Wachkörpern, die niemals so gut wie die Polizei hier agieren können, also das zu versuchen. Also in diesem Sinne gibt es von uns keine Zustimmung zu diesem Antrag. Dankesehr (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf auf unserer Galerie jenen Bezirksvorsteher im Besonderen begrüßen, dem die Stadt Graz ein Goldenes Ehrenzeichen vor wenigen Wochen verliehen hat, lieber Franz Schwarzl und liebe Kollegin von ihm, seid herzlich begrüßt auf der Galerie (*allgemeiner Applaus*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Antragsteller, lieber Kollege Mariacher! Als AK-Kammerrat sehe ich natürlich mit großer Freude, dass du den AK-Bildungsscheck verwendet hast und zwar, du hast dir das zu Herzen genommen, hast deine Anträge diesmal komplett anders formuliert, du hast von siebenmal Nennungen deines Namens bist du auf vier zurückgeschritten, du hast von den letzten Anträgen von dreieinhalb Seiten bist du nur mehr auf eine Seite gegangen und auch, wie gesagt, von den letzten für uns eher unverständlichen Anträgen hast du diesmal einen sehr verständlichen Antrag gebracht. Also herzliche Gratulation, der AK-Bildungsscheck ist bei dir voll aufgegangen. Aber nun zum Inhalt, lieber Kollege, lieber Sicherheitssprecher, oder Sicherheitssprecher nennen Sie sich ja nicht, Friedenssprecher der Grünen. Hier unterscheiden wir uns halt wieder einmal diametral in Ihrer Auffassung, ich glaube, Sie haben schon vollkommen richtig, natürlich, das Anhalterrecht gilt natürlich für jeden Bürger, es gilt auch das Notwehrrecht für jeden Bürger, trotzdem erlaubt man der Polizei, auch Waffen zu tragen. Ich glaube, dass der Antrag vom Kollegen Mariacher sehr wohl berechtigt ist, weil von derselben Logik her könnten Sie natürlich auch sagen, für was braucht eigentlich die Ordnungswache eine Uniform, es genügt ja nur so ein kleines Abzeichen oder überhaupt nur, dass es eben 12 oder 14 Kollegen als Ordnungswache eingesetzt werden. Also wir sind der Meinung, dass es sehr wohl verbessern würde das Standing der Ordnungswache, wenn das Anhalterrecht und das Festhalterrecht sehr wohl für die Ordnungswache erteilt würde, weil dadurch natürlich die Wichtigkeit eines Wachkörpers enorm gehoben wird. Weil jetzt ist es so, dass natürlich im Prinzip, wenn die Ordnungswache versucht, jemanden anzuhalten, der natürlich mehr oder minder dann die lange Nase zeigt und davonrennt. Und das sollte

ja nicht so sein, dass die Ordnungswache zu einer Hundstrümmerlauffassungstruppe verkümmern soll. Deswegen werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt des Antrages des Kollegen Mariacher zustimmen (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 19.05 Uhr den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Verzeihung, ich habe gedacht, es war der Herr Korschelt, Herr Gemeinderat Mariacher, ich ersuche Sie um Ihr Schlusswort. Das war ein fliegender Wechsel im Vorsitz.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen, Respekt vor Harald Korschelt, der absolut sachlich korrekt diese Linie auch weiter vertritt. Wir haben uns seinerzeit zur Bildung der Ordnungswache entschlossen und wir sollten dieses Konzept auf jeden Fall weiter betreiben und sie mit jenen Rechten wirklich ausstatten, die sie überhaupt, wie heißt es so schön auf Neudeutsch: Empowerment, diese überhaupt ermächtigt oder bemächtigt, ihre Aufgaben entsprechend

durchführen zu können. Die Meinungen seitens der Grünen sind wirklich blanke Makulatur, sie beziehen sich auf Strafprozessordnung, die in diesem Zusammenhang wirklich ein totes Recht ist, das nicht angewandt werden kann und sogar der Landesgesetzgeber bei untergeordneten Gesetzen, wie zum Beispiel dem Steirischen Aufsichtsorgangesetz formuliert hat im Paragraph 7, dass Aufsichtsorgane selbst bei Verwaltungsübertretungen nur die Befugnis zur Mitwirkung an der Vollziehung der Verwaltungsvorschriften hat. Also nicht einmal das darf die Ordnungswache wirklich eigenständig und selbständig machen, geschweige denn Größeres, Anderes, Wichtigeres, was für die Sicherheitssituation in unserer Stadt Graz wirklich essentiell ist. Der geäußerte Wunsch nach mehr Polizisten in Graz, ich höre das seit März 2008 immer wieder, dass dieser Wunsch besteht, natürlich auch seitens meiner Person besteht dieser Wunsch, er ist nur wie ein Brief ans Christkind, der beim Fenster nie abgeholt wurde. Daher ist dieser Lösungsansatz seitens der Grünen meines Erachtens eine Nullgeschichte, eine Nullmeldung. Mein Ansatz wäre zielführend und ich danke der Unterstützung von der FPÖ dazu. Danke.

11) Ferialermächtigung 2011

GR. Dr. **Piffli-Percevic** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Allsommerlich erfolgt die Antragstellung durch eine der im Stadtsenat vertretenen Fraktionen und ich darf daher den dringlichen Antrag stellen zur Ferialermächtigung, das heißt, dass der Stadtsenat in dringlichen Fällen oder der Verwaltungsausschuss der Geriatriischen Gesundheitszentren oder der Verwaltungsausschuss für das Grazer Parkraumservice ermächtigt wird, in dringenden Fällen anstelle des Gemeinderates, die in der Gemeindeordnung vorgesehenen Entscheidungen zu treffen. Ich ersuche um Annahme.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Einrichtung einer Ombudsstelle für Bauangelegenheiten

GR. **Pogner**, GR. **Mayr** und GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellen folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der vom Bezirksrat Jakomini in der Sitzung vom 1.7.2011 gestellte Antrag, für eine wirkungsvolle Vertretung von Nachbarn mit Parteienstellung im Rahmen von Bauverfahren, dass von Seiten der Stadt Graz die Stelle einer „Ombudsstelle für Bauangelegenheiten“ eingerichtet werden soll, wo sich betroffenen Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt rechtskundig beraten und auch in Einwendungsverfahren vertreten lassen können, - kann inhaltlich unterstützt werden und betrifft alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen.

Es sind vor allem jene Personen, die sich mit Bauverfahren im Laufe ihrer Lebensplanung nicht beschäftigen mussten, die plötzlich aber eine Parteienstellung haben und damit oftmals überfordert sind. Die Betroffenen sind zumeist ob der schwierigen und für sie nicht immer durchschaubaren Rechtssituation keine Baurechtsexperten und sehen sich außerstande, ohne Beziehung eines mit der Rechtsslage vertrauten Rechtsvertreters ihre Einwendungen rechtswirksam durchsetzen zu können.